

1/1994 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Generalsekretär Peter Hintze:

Hintze/20

1994: Entscheidung für eine sichere Zukunft

1993 war für die CDU Deutschlands ein politisch schwieriges Jahr. Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und den Kommunalwahlen in Brandenburg haben wir — trotz der intensiven Arbeit unserer Freunde vor Ort — enttäuschende Ergebnisse erzielt. Selten zuvor mußten wir über so lange Zeit hinweg negative demoskopische Werte hinnehmen. Mir ist bewußt, daß wir in der Partei mit einem erheblichen Stimmungstief zu kämpfen haben.

Dieses Empfinden korrespondiert mit dem Meinungsklima in weiten Teilen der Bevölkerung: Allensbach beschreibt in diesen Tagen die Stimmung in Deutschland als „lähmend und düster“. 83 Prozent, so wurde ermittelt, haben den Eindruck, in einer besonders schwierigen und unsicheren Zeit zu leben; 69 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen ängstigt die Zukunft.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **FAZ-Gespräch**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Ich will die Koalition der CDU/CSU mit der FDP fortsetzen. Seite 8
- **CDU/CSU**
Wolfgang Schäuble: Wir wollen einen neuen Aufbruch schaffen. Seite 14
- **Grundsatzprogramm**
Reinhard Göhner: Wir brauchen eine Werte- und politische Grundsatzdebatte. Seite 20
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Materialien zum Thema Innere Sicherheit. Seite 34
- **Dokumentation**
Politik gestalten in schwieriger Zeit. Ausgewählte Bilanzpunkte der Regierungsarbeit 1993. Grüner Teil



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Dieses Signet markiert die Werbelinie der CDU in den kommenden Wahlkämpfen. Es wird auf Plakaten, Broschüren und Anzeigen auftauchen. Auch bei den Landtags- und Kommunalwahlkämpfen kann es eingesetzt werden, ergänzt um die Symbole der jeweiligen Länder und Kommunen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir sollten uns bewußt sein, daß dieses demoskopische Stimmungsbild lediglich eine Momentaufnahme ist zu einem Zeitpunkt, da erste Anzeichen für eine Wende der Verhältnisse erkennbar werden. Die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 1994 werden zunehmend günstiger — und mit ihnen auch die meßbaren Stimmungslagen der Bürger. 1993 war das Jahr, in dem wir eine tiefe Talsohle durchschreiten mußten.

Liebe Freunde, ich werbe dafür, daß wir unsere Situation zu Beginn des Megawahljahres 1994 nüchtern und objektiv einschätzen, daraus die richtigen Schlüsse ziehen und dann entschieden und kraftvoll die Wahlen des kommenden Jahres angehen.

■ Wir müssen mehr über unsere unbestreitbaren Erfolge sprechen.

● Ich bin sehr sicher: Etliche Medien hätten mit der Regierungsbilanz des zurückliegenden Jahres viele Spalten und Magazinsendungen gefüllt, wenn eine SPD-Regierung auch nur annähernd solche Ergebnisse vorzuweisen gehabt hätte. Ich weise auf einige Beispiele hin:

● Die Verwirklichung der Europäischen Union und die Entscheidung für Frankfurt als Sitz des Europäischen Währungs-institutes und der zukünftigen Europäischen Zentralbank, der erfolgreiche GATT-Abschluß sind große internationale Erfolge von Helmut Kohl.

● Seit dem 1. Juli sind die von uns durchgesetzten neuen Asylgesetze in Kraft. Dies war ein Durchbruch, der ausschließlich die Leistung der Union ist. Wolfgang Schäuble hat dies mit seiner entschiedenen Verhandlungsführung erreicht. Die Zahl der neu hinzugekommenen Asylbewerber ist seitdem um die Hälfte gesunken; der offenkundige Mißbrauch des

nach wie vor grundgesetzlich verankerten Asylrechts konnte weitgehend unterbunden werden. Damit ist zugleich den Rechtsradikalen ein zentrales Thema weggenommen worden, von dem sie früher in erheblichem Ausmaß profitiert haben.

● Ein vordringliches Thema im zurückliegenden Jahr war die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Das von uns geschaffene Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Rauschgift-handels konnte erstmals seine Wirkung entfalten. Die Verabschiedung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche trifft die international operierenden Verbrecher-Syndikate an der empfindlichsten Stelle. Nachdem unser Parteitag in Berlin 1993 ein umfangreiches Programm zur Inneren Sicherheit diskutiert und verabschiedet hat, liegt nunmehr der Entwurf unseres Innenministers Manfred Kanther für ein „Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994“ vor, das im Januar in die parlamentarische Beratung geht.

● Die Bundesregierung hat wichtige Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland getroffen: Durch das Steueränderungsgesetz 1992 wurden die investitionsfeindlichen Belastungen durch Gewerbeertrags- und Vermögenssteuer spürbar reduziert. Durch das Standortsicherungsgesetz werden weitere Unternehmenssteuern abgebaut, um Wachstum anregen und Arbeitsplätze schaffen zu können.

In einer erheblichen Kraftanstrengung hat es die Bundesregierung geschafft, mit dem föderalen Konsolidierungsprogramm die Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Gemeinden zu sichern. In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß dank einer Initiative der Bundesregierung das Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern um 12 Prozent gestei-

gert werden konnte; deutschlandweit lag das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich über der Nachfrage.

Die von Matthias Wissmann gegen alle Widerstände durchgesetzte Bahnreform, Postreform II, die Gesundheitsreform und das Gen-Technik-Gesetz sind weitere wichtige Beispiele für ein zukunftsorientiertes Regierungshandeln, das verkrustete Strukturen überwindet und unser Land moderner und international wettbewerbsfähig macht. Zugleich hat die Bundesregierung die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter vorangebracht. Das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm wird den Bundeshaushalt im kommenden Jahr um 21 Milliarden Mark entlasten.

● Der Aufbau in den neuen Ländern hat sich als schwieriger erwiesen als ursprünglich von uns angenommen. Die hohe Arbeitslosigkeit war dabei die größte Herausforderung, dennoch ist vieles vorangekommen. Die Beschäftigtenzahl steigt, die materielle Situation — nicht zuletzt der Rentner — verbessert sich kontinuierlich. Für die soziale Dimension des Aufbaus Ost steht Angela

Die Zahl der Beschäftigten in den neuen Bundesländern steigt, und die materielle Situation verbessert sich kontinuierlich.

Merkel, die eine neue Generation glaubwürdiger Politikerinnen und Politiker aus den neuen Ländern repräsentiert.

● Als CDU Deutschlands dürfen wir stolz darauf sein, daß wir im zurückliegenden Jahr eine intensive und lebendige Diskussion über unser neues Grundsatzprogramm geführt haben. Wir werden auf dem bevorstehenden Hamburger Parteitag als erste politische Partei ein gesamt-

deutsches Grundsatzprogramm verabschieden.

● Klaus Töpfer hat gezeigt, daß unsere Konzeption einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft neue Marktchancen erschließt und zugleich einer der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird: Der Bewahrung der Schöpfung.

■ **Wir müssen hart daran arbeiten, die Kluft zwischen subjektiver Wahrnehmung bei den Bürgern und der objektiven Lage zu überbrücken.**

Viele Menschen haben das Gefühl, in einer Zeit der Umbrüche zu leben, in der alte Sicherheiten wegbrechen und neue Gewißheiten noch nicht erkennbar sind. In einer weitgehend krisenentwöhnten Gesellschaft wie der deutschen wird der tiefgreifende Wandel als belastend empfunden; gedrückte Stimmungen greifen in rasch wechselnder Folge um sich. Dabei wird meistens übersehen, daß zwischen der persönlichen Lage des einzelnen und der allgemeinen Stimmungslage nicht zu überbrückende Gegensätze bestehen. Allein der Verlauf des Weihnachtsgeschäftes 1993 zeigt, daß die meisten privaten Haushalte bisher die Rezession offensichtlich erheblich besser überstanden haben, als es sich in manchem Stimmungsbild widerspiegelt. In den neuen Ländern sind die Einkommen der privaten Haushalte in den letzten Jahren sogar stärker gewachsen als ihre Ausgaben. Wir leben in einer Zeit vieler Widersprüche: Auf der einen Seite wird die hohe Arbeitslosigkeit beklagt; auf der anderen Seite kann in Deutschland kein größeres Bauprojekt ohne den Einsatz ausländischer Arbeitnehmer durchgeführt werden. Winzer, Obst- und Gemüseanbauer finden auf dem heimischen Arbeitsmarkt keine Kräfte. Gewerkschaften stellen

Lohnforderungen ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die in Deutschland immer teurer werdende Arbeit zunehmend ins preiswerte Ausland abwandert. Wir Deutschen stehen in der Gefahr, Ansprüche zu stellen, die nicht mehr bezahlbar sind.

Es gehört zu den vorrangigen Aufgaben der politischen Führung, den Deutschen die Einsicht zu vermitteln, daß auch wir angesichts einer weltweiten Rezession und angesichts tiefgreifender Einsparungen in anderen Ländern an Einschränkungen nicht vorbeikommen. Die SPD wird alles daran setzen, wider besseres Wissen soziale Neidgefühle zu wecken.

Wir müssen verhindern, daß die Proportionen in Deutschland maßlos verschoben und verzeichnet werden. Alle öffentlichen und privaten Sozialleistungen in Deutschland summieren sich derzeit auf mehr als eine Billion Mark. Daran gemes-

Die SPD kritisiert minimale soziale Kürzungen, verweigert aber zugleich eine fundamentale Verbesserung unseres Sozialsystems.

sen, machen die beschlossenen Einsparungen bei den Sozialleistungen nur etwa 1,5 Prozent aus. Niemand kann ernsthaft behaupten, daß angesichts dieser Größenordnung das Netz der sozialen Sicherheit in Deutschland gefährdet sei. Kalt und zynisch sind dagegen jene, die verantwortliche Entscheidungen für Deutschland verweigern.

Im übrigen hätte die SPD einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau unseres Sozialstaates erbringen können, wenn sie das Pflegeversicherungsgesetz nicht im Bundesrat blockiert hätte. Man kann nicht glaubwürdig minimale soziale Kürzungen kritisieren und zugleich eine fundamentale Verbesserung unserer sozialen Siche-

rungssysteme verweigern. Was sich die SPD da geleistet hat, war schäbige politische Taktik auf dem Rücken der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen.

Diese Widersprüchlichkeit wird die SPD politisch nicht lange durchhalten können. Ich bin davon überzeugt, daß noch vor Ostern die Pflegeversicherung auch im Bundesrat eine Mehrheit finden wird. Dieser sozialpolitische Meilenstein wird mit den Namen von Norbert Blüm verbunden bleiben.

■ **Wir müssen den Menschen sagen, was 1994 von ihren Wahlentscheidungen abhängt.**

Es ist erst sieben Jahre her, daß die CDU mit dem Slogan „Weiter so Deutschland!“ einen höchst erfolgreichen Bundestagswahlkampf bestritten hat. In diesen sieben Jahren haben sich die Rahmenbedingungen der Politik national wie international grundlegend geändert. Und der Wandel ist noch nicht abgeschlossen.

In den Wahlen 1994 entscheiden die Deutschen darüber, ob unser Land in einer sich wandelnden Welt innen- und außenpolitisch stabil bleibt, ob wir als rohstoffarmes Land auch in Zukunft wirtschaftlich konkurrenzfähig sind und ob wir unser hohes Maß an sozialer Sicherheit erhalten können. Es geht um die Sicherheit und Stabilität unseres Landes in einer schwierigen Zeit.

Eines ist sicher: Diese Ziele erreichen wir nicht durch eine bloße Fortschreibung des Bestehenden. Der Wandel in der Welt erzwingt auch einen Wandel in unserer Politik — so gerechtfertigt und notwendig sie unter anderen Bedingungen auch war. Wir müssen überholte und verkrustete Strukturen aufbrechen und uns auf neue Gegebenheiten flexibel einstellen. Mich erfüllt es mit Sorge, daß eine vergleichsweise geringfügige Umstellung, wie die Auflockerung der starren Laden-

schlußregelung in Deutschland, nur in sehr zähen Entscheidungsprozessen durchsetzbar ist.

Die Menschen in Deutschland wissen inzwischen, daß sie sich auf veränderte Verhältnisse einzurichten haben. Umfragen belegen: Sie sind bereit, Verzicht zu üben, sei es beim Lohn, bei den Sozialleistungen oder bei der Arbeitszeit. Ich bin überzeugt, daß die Bürger eher zu mutigen Entscheidungen bereit sind als manche in der Politik.

Die entscheidende Frage im Wahljahr 1994 lautet: Wem trauen es die Bürger zu, den unumgänglichen Wandel so zu gestalten, daß unser Land sicher in die Zukunft geht?

Hier ist inzwischen eine paradoxe Situation entstanden: Die CDU — oft als eine ausschließlich beharrende Kraft dargestellt — ist wieder einmal zum Motor der Modernisierung, Flexibilisierung und des Wandels geworden. Wir tun heute das Notwendige, um auch morgen sicher leben zu können. Wir tun es, auch wenn die politische Rendite nicht sofort ausgezahlt wird. Anders die SPD: Sie ist zum kurzfristigen Bewahrer überholter Strukturen geworden. Die SPD versucht, mit einem anachronistischen „Status quo Denken“ die Zustimmung der Bürger zu finden.

Die SPD hat gegen alle wesentlichen Reform- und Zukunftsprojekte polemisiert und sich notwendigen Veränderungen widersetzt. Ob Bahnreform oder Postreform, ob Gen-Technik-Gesetz oder Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen: immer haben die Sozialdemokraten versucht, den Menschen weiszumachen, es könne alles so bleiben, wie sie es seit Jahrzehnten gewohnt sind. Aber es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß die Politik der SPD aus unserem Lande einen industriepolitischen Jurassic-Parc machen würde, in dem evo-

lutionär überholte Auslaufmodelle ihr Unwesen treiben.

Die CDU vertritt eine Politik, die schwieriger darzustellen ist als die blinde Wirklichkeitsverweigerung der SPD. Es wäre z. B. für die Union weitaus bequemer gewesen, an der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung der zu Ende gegangenen Nachkriegszeit festzuhalten und die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung auch durch den Einsatz unserer Soldaten der Bundeswehr zu

Die CDU vertritt eine Politik, die schwieriger darzustellen ist als die blinde Wirklichkeitsverweigerung der SPD.

verweigern. Die Politik der SPD würde Deutschland unweigerlich in die internationale Isolierung führen.

Die Vorgänge in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR zeigen nur zu deutlich, daß wir Deutschen, ja, daß wir Europäer insgesamt uns keiner falschen Sicherheits-Euphorie hingeben dürfen. Die politische Instabilität in Osteuropa stellt für uns eine Bedrohung dar, für die wir ausreichend Vorsorge treffen müssen. Deshalb kann es nicht angehen, daß der Verteidigungsetat kurzfristig zum Sparstrumpf der Nation gemacht wird. Deshalb ist es auch in höchstem Maße töricht, wenn die Politik der europäischen Einigung populistisch diffamiert und in Frage gestellt wird. Ich bin fest davon überzeugt, daß der Kurs unseres Bundeskanzlers sich vor der Geschichte als der richtige Weg erweisen wird: Nur ein geeintes Europa kann unserem Kontinent dauerhaft Frieden und Stabilität garantieren.

Wir sind in der Geschichte der CDU Deutschlands nie den bequemeren Weg gegangen. Wir haben uns den Herausfor-

derungen des Wiederaufbaus nach dem Krieg gestellt. Wir haben die Einbindung unseres Landes in die westliche Wertegemeinschaft durchgesetzt. Alle großen Sozialgesetze der Bundesrepublik Deutschland sind von uns erkämpft worden. Wir haben den NATO-Doppelbeschluß in einer gewaltigen Kraftanstrengung umgesetzt und damit die Voraussetzung für die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die Wiedererlangung der deutschen Einheit geschaffen.

Wir, die CDU Deutschlands, werden unser Land auch im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts sicher in die Zukunft führen, weil wir die Herausforderungen

Wir, die CDU Deutschlands, werden unser Land auch im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts sicher in die Zukunft führen.

erkannt und den notwendigen Wandel gestaltend angenommen haben. Wir gestalten den Wandel sozial sensibel. Die Stärke der CDU liegt gerade darin, daß ihre Wirtschaftskompetenz die Voraussetzung jeglicher sozialen Sicherheit ist. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft ist und bleibt die CDU Partei der Arbeitnehmer, die sehr wohl wissen, daß eine gut funktionierende Wirtschaft Voraussetzung für ein starkes soziales Netz ist. Nur durch eine konsequente Erneuerung und Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen wir Arbeitsplätze, die wirklich zukunftssicher sind. SPD, PDS und Grüne wären Gift für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und ein Angriff auf die Zukunft der Arbeit in Deutschland. Geldwertstabilität und Wettbewerbsfähigkeit wären in Gefahr, wenn diese Kräfte Auftrieb erhielten.

Ich bitte insbesondere unsere Freunde in den neuen Ländern, sich intensiv öffent-

lich mit der PDS auseinanderzusetzen. Diese „Partei des Schreckens“, die in der Erbfolge der stalinistischen Diktatur steht, darf sich nicht unwidersprochen als Anwalt der Schwachen aufspielen können. „PDS“ steht für Pleitenwirtschaft, Denunziantentum und Stasi. Es kann der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie nur schaden, wenn ehemalige Funktionäre der SED erneut Macht und Einfluß gewinnen.

Die Wahlen des Jahres 1994 entscheiden im Kern darüber, ob der weitere Weg Deutschlands in die Zukunft oder in die Vergangenheit führt.

Die CDU stellt sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts — bei allen Problemen, die damit verbunden sind. Die SPD beantwortet bestenfalls die Fragen von heute mit den Rezepten von gestern. Die Radikalen von links und rechts schließlich wollen unser Land in eine Vergangenheit zurückführen, die wir glücklich überstanden haben.

Aus einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit wissen wir, daß das derzeit erreichbare Potential der Union unter optimalen Bedingungen bundesweit bei etwa 45 Prozent liegt. Diese Wählerinnen und Wähler zu erreichen, muß das Ziel unserer politischen Arbeit in den kommenden Monaten sein. Noch nie zuvor war die Zahl der unentschlossenen Wähler so hoch wie gegenwärtig. Gerade weil die politische Stimmungslage so im Fluß ist wie nie zuvor, haben wir alle Chancen, sie zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Dies wird jedoch mit den Materialschlachten früherer Wahlkämpfe nicht zu leisten sein. Erforderlich ist ein bürgernahe, sehr individuell argumentierender und von persönlicher Glaubwürdigkeit getragener Wahlkampf. Wir müssen unsere Mitglieder und Stammwähler durch gezielte Ansprache mobilisieren. Wir müssen durch programmatische

Arbeit und vor allem durch konkrete, politische Projekte unser Kompetenzprofil in den entscheidenden Zukunftsthemen schärfen. Dies betrifft vor allem die drängenden Fragen von Wirtschaft und Arbeit, innerer und äußerer Sicherheit. Und schließlich müssen wir durch einen harten, argumentativen Angriffswahlkampf stärker ins Bewußtsein heben, daß die SPD kein Konzept für Deutschlands Zukunft hat.

So richtig es ist, daß wir uns mit dem politischen Gegner intensiv auseinandersetzen und uns gerade gegenüber Radikalen scharf abgrenzen, so falsch wäre es, jene auszugrenzen, von denen uns inhaltlich nichts Wesentliches trennt. Daß die CDU seinerzeit einen Mann wie Herbert Gruhl hat weggehen lassen, war ein eklatanter politischer Fehler, der sich nicht wiederholen darf. Helmut Kohl hat bereits 1988 vor einer „Verbonzung“ der CDU gewarnt. Diese Warnung ist unvermindert aktuell, wenn wir es nicht schaffen, Verantwortung auf möglichst viele

Schultern zu legen, neue Ideen aufzugreifen und vor allem junge Menschen und Frauen in Funktionen und Mandate zu bringen. In dieser Hinsicht erfüllen mich manche Auseinandersetzungen um Nominierungen mit großer Sorge um die Zukunftsfähigkeit der CDU. Ich richte an alle Verantwortlichen die herzliche Bitte, sich ganz stark dafür zu engagieren, daß die Breite des Spektrums unserer Volkspartei sich auch in dem personellen Angebot, das wir machen, deutlich wiederfindet.

Wir Christlichen Demokraten haben Deutschland aufgebaut, die Deutsche Einheit ermöglicht und Europa gestaltet, wir haben Frieden und Freiheit bei hoher sozialer Sicherheit geschaffen. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind wir erneut gefordert, die Weichen für eine sichere Zukunft der Menschen in Deutschland zu stellen. Das ist alle Anstrengungen wert. Mit Helmut Kohl werden wir wieder erfolgreich sein zum Wohl unseres Vaterlandes.

SPD-Abgesang auf Pflegeversicherung entlarvend

Generalsekretär Peter Hintze erklärte zu Zeitungsäußerungen des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Dreßler:

Die Ankündigung der SPD, die Pflegeversicherung sei „in dieser Legislaturperiode tot“, wenn nicht ihre Forderungen erfüllt würden, ist entlarvend. Die SPD will offensichtlich die Pflegeversicherung scheitern lassen, um sich dadurch einen wahltaktischen Vorteil zu verschaffen. Die SPD hat die Katze aus dem Sack gelassen. Ihr geht es nicht um eine solide finanzierte soziale Absicherung der pflegebedürftigen Menschen, sondern um ein

durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, daß durch diese SPD-Taktik den Pflegebedürftigen die dringend notwendigen Leistungen vorenthalten werden.

CDU setzt weiter auf die unbedingte Notwendigkeit, die solidarische Pflegeversicherung noch in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen. Die Koalition hat im Vermittlungsausschuß ihre Kompromißbereitschaft bewiesen. Diese gilt weiter. SPD-Chef Scharping sollte nach Rückkehr aus seinem Urlaub ein Machtwort in den eigenen Reihen sprechen.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ich will die Koalition der CDU/CSU mit der FDP fortsetzen

Die Union wird in einer Woche formell die Kandidatur des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, für die Wahl zum Bundespräsidenten im Mai beschließen. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte am 7. Januar in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:

„Die Führungsgremien der CDU, der Parteivorstand und das Präsidium, werden sich auf ihrer ersten Sitzung nach der Weihnachtspause am 14. und 15. Januar auch mit dem Thema der Nominierung des Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten beschäftigen und ihre Entscheidung treffen; darüber hinaus bleibt es bei meiner bisherigen Ankündigung, daß wir darüber auch mit dem Koalitionspartner FDP sprechen werden.“

Offenbar ist ein solches Gespräch aber noch nicht für die nächsten Tage vorgesehen. Für vordringlich hält Helmut Kohl zunächst die Beratungen des westlichen Bündnisses am 10. und 11. Januar in Brüssel.

Helmut Kohl sagte: „Wenn wir in diesen Tagen in der NATO über die Sicherheit Europas sprechen, werden wir versuchen, zwei wichtige Ziele miteinander zu verbinden.“ Als erstes Ziel nannte Helmut Kohl, die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der östlichen Nachbarländer Deutschlands „sehr ernst zu nehmen“.

Der Kanzler sagte: „Wenn wir, wie es im NATO-Dokument heißt, unseren Nachbarn, beispielsweise Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik, die Partnerschaft für den Frieden anbieten, heißt das

für mich, daß es sich nicht um eine bloße diplomatische Formel handelt, sondern um die klare Eröffnung einer zukünftigen Beitrittsperspektive in die NATO.“

Helmut Kohl schlug einen sicherheitspolitischen Bogen zwischen der NATO und der Europäischen Union: „Das schließt ein, daß ich nachdrücklich den Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union bejahe, wenn sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür erfüllen.“

Das zweite Ziel, das Deutschland bei dem NATO-Treffen verfolge, heißt in

**Wortlaut eines Gesprächs des
Bundeskanzlers mit der
FRANKFURTER
ALLGEMEINEN ZEITUNG
vom 8. Januar 1994**

Kohls Definition: „Ich trete dafür ein, daß die NATO die Sicherheitsbeziehungen mit Rußland aufs engste ausbaut und gestaltet, um von vornherein die in Moskau zu hörenden Befürchtungen, der Westen betreibe eine Isolierungspolitik gegenüber Rußland, zu zerstreuen.“

Ohne den Namen des Nationalisten Schirinowskij zu nennen, sagte Helmut Kohl: „Die schrillen extremistischen Töne, die wir in diesen Tagen aus Moskau vernehmen, dürfen uns nicht davon abbringen, diesen Weg weiter zu gehen; sie sind im Gegenteil ein Grund mehr, die engen Beziehungen besonders zu pflegen.“

Die dramatische Entwicklung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion enthalte neben der Chance des Aufbaus einer rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung auf der Grundlage der Marktwirtschaft auch Gefahren. Es zeige sich, daß Nationalismus und imperiale Ansprüche heranwachsen könnten.

Dramatische Veränderungen

Helmut Kohl folgerte: „Ich unterstütze nachdrücklich die Reformpolitik Präsident Jelzins in der Erwartung, daß mit dem Aufbau einer demokratischen Ordnung auch Rückfälle in altes Denken abgeblockt werden können.“

Für 1994 sei es wichtig, daß man in Deutschland bereit sei, die dramatischen Veränderungen in der Welt zur Kenntnis zu nehmen. Helmut Kohl bezeichnete Bismarcks Ausspruch als weiterhin gültig, daß die Außenpolitik über das Schicksal einer Nation bestimme. Helmut Kohl beklagte einen in Deutschland weithin herrschenden Provinzialismus. Die Lage Deutschlands verlange aber zwingend, „daß wir die überragende Bedeutung der Außenpolitik wieder anerkennen“.

Helmut Kohl bewertete es als einen seiner größten Erfolge, daß es gelungen sei, das Mißtrauen, das im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung 1989 und 1990 im Osten und im Westen spürbar gewesen sei, mindestens teilweise abzubauen. „Ich bin stolz darauf, daß die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Frankreich und Rußland sehr gut sind.“

Derzeit sei die politische Einigung Europas wichtiger denn je. Zu viele betrachteten Europa nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Zwar hänge die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von der Einbettung in die Wirtschafts- und Währungsunion ab. „Noch wichtiger ist es aber, daß wir begreifen, daß 48 Jahre Frieden für

Deutschland nichts Selbstverständliches sind; die Frage der europäischen Einigung ist letztlich die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert.“ Die Erfahrungen im früheren Jugoslawien zeigten, daß Chauvinismus, Religionshaß und Nationalismus als böse Geister der Vergangenheit „nicht tot“ seien: „Niemand soll glauben, daß sie nicht in anderen Teilen Europas wiedererstehen könnten.“

Die europäische Einigung biete dagegen das stärkste Bollwerk. Die Deutschen und die Europäer dürften nicht in eine Nabelschau verfallen. Die Entwicklung im Nord-Süd-Verhältnis sei dramatisch. Helmut Kohl sagte: „Für mich ist es besonders wichtig, stärker als bisher die wirtschaftliche und politische Entwicklung Asiens zu beachten.“ Er bemühe sich, die Beziehungen zu China, Japan, Indien und Indonesien intensiver zu gestalten.

1993 war ein schwieriges Jahr

Wirtschaftlich sei 1993 für Deutschland ein besonders schwieriges Jahr gewesen: „Die Rezession hat Strukturschwächen erbarmungslos offengelegt.“ Versäumnisse der letzten Jahrzehnte seien unübersehbar zutage getreten. Die Sicherung der Zukunft Deutschlands erfordere ein Umdenken auf allen Gebieten: „Als Exportland sind wir mit hohem Lohnniveau zu teuer geworden.“ Doch könnten die Schwierigkeiten nicht ausschließlich auf die hohen Löhne geschoben werden. Deutschland habe bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und bei der Eröffnung neuer Absatzmärkte Boden verloren.

An den Versäumnissen seien Parteien, Wirtschaft und Gewerkschaften beteiligt. Doch jetzt ergäben sich „viele günstige Perspektiven“, die für 1994 darauf hindeuteten, „daß wir aus der Talfahrt herauskommen“. Helmut Kohl stützte sich

bei dieser Einschätzung auf die Erholung der Konjunktur in Amerika und anderen Ländern. Die Börse verhalte sich optimistisch. „Wir haben eine gute Chance, bei der Inflationsrate wieder kräftig unter vier Prozent herunterzukommen.“

Aber trotz der Aufhellung des Horizonts werde die entsprechende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sehr viel später einsetzen. Deshalb bildeten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Aufbau neuer Arbeitsplätze das wichtigste Ziel.

Helmut Kohl sagte: „Arbeitslosigkeit ist für mich kein Thema statistischer Zahlen; ich sehe vor allem das Schicksal der betroffenen Menschen und Familien.“ Er hoffe, daß die Tarifpartner bei den anstehenden Tarifrunden mit Rücksicht auf die Stabilisierung des Arbeitsmarktes handelten: „Die Sicherheit der Arbeitsplätze muß Vorrang haben vor Lohnerhöhungen.“

Neue Ideen erforderlich

Helmut Kohl fügte hinzu: „Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes muß der Staat Signale der Vernunft setzen.“ Er halte es für wichtig, daß alle Beteiligten auf die Herausforderungen des Arbeitsmarkts mit der notwendigen Offenheit und neuen Ideen antworteten. Als Beispiel empfahl Helmut Kohl die Teilzeitarbeit.

Im europäischen Vergleich gebe es in Deutschland mit 15 Prozent den geringsten Anteil bei der Teilzeitarbeit. Wenn es gelinge, die Teilzeitbeschäftigung auf das niederländische Niveau von 34 Prozent anzuheben, könnten in Deutschland bis zu zwei Millionen Menschen zusätzlich in Arbeit gebracht werden. Umfragen für die westdeutschen Bundesländer hätten ergeben, daß rund zwei Millionen Vollzeitbeschäftigte bereit wären, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

Helmut Kohl reklamierte für die Regierung im letzten Jahr erhebliche Leistungen für die Zukunftssicherung mit dem Beitrag zum Abschluß der GATT-Verhandlungen: „Aufgrund der GATT-Einigung ergeben sich für Deutschland bis zu 50 Milliarden Mark im Jahr als Wohlfahrtsgewinne.“

Beträchtliche Verbesserungen im Wohnungsbau seien erreicht worden: „In Westdeutschland wurden 1993 mit 400.000 neuen Wohnungen die Höchstzahlen von 1977 übertroffen; in Ostdeutschland hat sich die Zahl der Baugenehmigungen gegenüber 1992 verdoppelt.“

Trotz solcher Erfolge hätten die Unionsparteien und die Koalition mit Gegenwind zu kämpfen. Die tatsächliche Meinung der Bevölkerung sei aber günstiger als das öffentlich vorgegebene Bild. In allen westlichen Ländern und Deutschland zeige sich, daß die dramatischen Veränderungen viele Menschen überforderten. Die schnelle Folge der Bilder und Ereignisse trage zur Verunsicherung bei: „Lebensängste haben zugenommen.“

Im Wahljahr ergebe sich daraus die „große Verlockung, politische Geschäfte mit der Angst zu machen“. Der Verlust an Glauben als Folge des Säkularisierungsschubs habe Angst erzeugt. Die Anfrage an die moralische Kraft der Kirchen nach einem Wertekonsens habe an Bedeutung zugenommen.

Mut, Fleiß und Treue

„Die in vielen Jahren von der Linken als Sekundärtugenden verspotteten Eigenschaften sind wichtiger denn je: Menschlichkeit, Solidarität, Wirklichkeitssinn, Mut, Fleiß und Treue.“

Die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten werde ohne eine Besinnung auf diese Werte und Grundlagen nicht erfolgreich sein. Das Ende des blo-

Ben Besitzstanddenkens sei geboten: „Das Pochen auf den Status quo hilft nicht weiter.“

Es gehe nicht um den Abbau, aber um einen Umbau des Sozialstaats. Arbeit müsse sich lohnen. Die Stabilität der Währung habe Vorrang. Das bedeute: „Wir müssen eisern in den öffentlichen Haushalten sparen.“ In erster Linie obliege die Verantwortung der Politik: „Dazu bekenne ich mich persönlich.“ Aber die Politiker könnten es nicht allein schaffen.

Kein Grund zu Pessimismus

„In keiner Weise kann ich den Trend akzeptieren, sich auf den Logenplatz der Gesellschaft zurückzuziehen und sich aus der Verantwortung zu stehlen.“ Notwendig sei ein Gemeinschaftswerk aller mit der Entfaltung von Bürgersinn. Trotz aller Sorgen bestehe kein Grund zum Pessimismus. Gemessen an den Schwierigkeiten anderer Länder sei die deutsche Larmoyanz, die Klagesucht, unverständlich: „Ich will diesen Zustand auch zum Thema meines Wahlkampfes machen.“

Die SPD weiche einer Sachdiskussion aus und sei im Populismus befangen. In entscheidenden Fragen der deutschen Einheit habe die SPD dem Prinzip des

Opportunismus gehuldigt. Helmut Kohl sagte: „Sicher haben wir, habe auch ich beim Einigungsprozeß neben vielen wichtigen Entscheidungen auch Fehler gemacht, aber ich bin angesichts der Kritik aus der SPD über die Unverfrorenheit jener erstaunt, die die Idee der deutschen Einheit längst aufgegeben und verraten hatten, die etwa auf die Forderung Honeckers zur Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsangehörigkeit eingehen und die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter für die Unrechtstaten der DDR-Justiz auflösen wollten.“

Im Blick auf die Anforderungen des Wahljahres 1994 an die Unionsparteien und ihn selbst als Kanzler sagte Helmut Kohl: „Ich will die Fortsetzung der Koalition der CDU/CSU mit der FDP.“

Helmut Kohl zeigte sich entschlossen: „Wir müssen um jede Stimme kämpfen und auf den Wähler zugehen; wir müssen unsere Wähler mobilisieren in der klaren Alternative zu den Sozialdemokraten: das heißt, wir müssen, um die Zukunft unseres Landes zu sichern, umdenken und die notwendigen, manchmal auch unpopulären Maßnahmen mit Entschiedenheit vertreten und unsere besseren Argumente vortragen.“ Dann sehe er für den Wahlausgang „eine gute Chance“.

Opel Eisenach stockt Mitarbeiterzahl auf

Die Zahl der Mitarbeiter der Opel Eisenach GmbH ist 1993 um mehr als 1.000 auf 1.850 gestiegen. Damit ist die Aufbauphase in dem mehr als eine Milliarde DM teuren Thüringer Montagewerk vorerst abgeschlossen. Das Durchschnittsalter der Belegschaft im nach Opel-Angaben modernsten europäischen Autowerk beträgt knapp 34 Jahre, teilte das Unternehmen mit. Insgesamt sind bis Jahresende in Eisenach 54.460 Fahrzeuge der Typen Corsa und Astra vom Band gerollt. Seit Herbst wird in Eisenach im Drei-Schicht-Betrieb gearbeitet. Das Investitionsvolumen 1993 betrug insgesamt 40 Mio. DM. Davon wurden 22 Mio. DM ausgegeben, um die Kapazitäten im Karosserie-Rohbau für den Corsa von 20 auf 25 Stück pro Stunde zu erhöhen.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Für Frieden, Freiheit und Sicherheit auf unserem ganzen Kontinent

Das Atlantische Bündnis steht erneut vor einer historischen Herausforderung. Es muß seine wachsende Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in ganz Europa wahrnehmen. Wir stützen uns dabei auf das bewährte Fundament des Bündnisses — den Sicherheitsverbund zwischen Nordamerika und Europa.

Europa braucht ein Amerika, das eine zentrale Rolle in Fragen der europäischen Sicherheit ausübt. Und Amerika braucht gleichzeitig ein Europa, das größere Verantwortung für sich selbst und für die Internationale Sicherheit übernimmt.

Ich bin dem amerikanischen Präsidenten besonders dankbar für zwei Bemerkungen. Er hat deutlich die Präsenz amerikanischer Soldaten in Europa bekräftigt und zugleich begrüßt, daß wir Europäer uns enger zusammenschließen und uns auf unsere eigenen Kräfte besinnen.

Seit unserem letzten Treffen im November 1991 in Rom ist der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union in Kraft getreten.

Dieser Vertrag und unsere heutigen Gipfelbeschlüsse zielen daher darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen der Atlantischen Allianz und der Europäischen Union wesentlich zu verstärken.

Eine zentrale Frage bewegt uns alle: unsere Beziehungen zu den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Wir müssen bedenken, welche Hoffnungen die Menschen in diesen Ländern auf den

Westen gesetzt haben. Wir haben sie zur Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft ermuntert — dann wären sie bei uns herzlich willkommen. Nicht wenige könnten dort den Eindruck gewinnen, daß dies damals nicht ganz ernstgemeint war. Wir müssen diese Gefühle ernst nehmen.

Wir stehen daher jetzt vor der historischen Aufgabe, unsere Beziehungen zu allen diesen Ländern weiter zu vertiefen, nachdem wir vor gut zwei Jahren in Rom

Erklärung des Bundeskanzlers auf dem Gipfeltreffen der NATO am 10. Januar in Brüssel

als ersten Schritt den Nordatlantischen Kooperationsrat geschaffen haben.

Viele Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sehen die NATO nach den dramatischen Umbrüchen in Europa zu Recht als den Stabilitätsanker in Europa an.

Das Bündnis muß die verständlichen sicherheitspolitischen Sorgen dieser Staaten und Menschen ernst nehmen und versuchen, auf sie einzugehen. Sie haben heute das Gefühl, in einer Grauzone der Sicherheit zu leben.

Gerade wir Deutschen können die Sorgen und Ängste der Menschen in unserer Nachbarschaft — ob z. B. in Polen, in Ungarn oder in der Tschechischen Republik — besonders gut verstehen.

Deshalb bieten wir allen diesen Ländern durch diesen NATO-Gipfel eine „Part-

nerschaft für den Frieden“ und gleichzeitig die Eröffnung einer Beitrittsperspektive zur NATO an. Niemand ist heute in der Lage, dafür schon einen konkreten Zeitpunkt zu nennen.

Wir laden sie ein, mit uns noch enger politisch und militärisch zusammenzuarbeiten. Ich nenne z. B. gemeinsame Übungsaktivitäten oder die Ausbildung für die Teilnahme an internationalen Friedensmissionen.

Damit leisten wir auf ganz praktische Weise auch einen Beitrag für den Aufbau demokratischer Streitkräfte in diesen Ländern. Darüber hinaus bieten wir diesen Staaten für den Fall einer Bedrohung umgehende Konsultationen mit der NATO an.

Dies zeigt deutlich, daß unser Angebot für eine „Partnerschaft für den Frieden“ nicht nur eine diplomatische Floskel ist, sondern ein ernstgemeinter Schritt auf dem Weg zu einer späteren Mitgliedschaft in der NATO.

Wir wollen und dürfen dabei in Europa keine neuen Gräben aufreißen. Denn für mich gilt, daß Sicherheit und Stabilität in Europa unteilbar sind.

Dies bedeutet, daß wir insbesondere auch mit Rußland und der Ukraine ein enges partnerschaftliches Verhältnis aufbauen wollen, um gemeinsam eine Sicherheitsordnung für ganz Europa aufzubauen.

Von entscheidender Bedeutung für die Stabilität in Europa ist es, daß der demokratische und marktwirtschaftliche Umgestaltungsprozeß in allen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, vor allem aber auch in Rußland, Erfolg hat.

Die Wahlen in Rußland und das starke Abschneiden extremer Kräfte sind nicht nur für die russische Führung, sondern auch für uns ein ernsthaftes Warnsignal.

Bei aller berechtigter Sorge sollten wir uns von diesen Ergebnissen jedoch nicht kopfscheu machen lassen. Wir müssen

alles tun, um die Politik der Reformen in Rußland — und damit Präsident Jelzin — weiter zu unterstützen.

Dabei erwarten wir von russischer Seite selbstverständlich eine Politik der Partnerschaft, der Verantwortung und der konstruktiven Mitwirkung bei internationalen Problemen. Hegemoniebestrebungen sind mit diesen Erwartungen nicht zu vereinbaren.

Seit unserem Gipfel von Rom hat sich das Gesicht Europas dramatisch verändert. Auch die NATO muß sich darauf einstellen, daß alte Spannungsherde wieder aufflammen und blutige Konflikte ausbrechen. Alte Feindbilder entstehen neu, ethnische und religiöse Spannungen entladen sich, Flüchtlingsströme und dementsprechend unermeßliches menschliches Leid entstehen in unserer unmittelbaren Nähe.

Ich halte den Krieg in Jugoslawien und seine verheerenden Folgen für die Rückkehr der Barbarei nach Europa.

In Bosnien-Herzegowina spielt sich eine menschliche Tragödie ab. Eine humanitäre Katastrophe droht. Es kann nicht angehen, daß unverändert Hilfskonvois für die bedrängte Bevölkerung nicht ankommen, weil die Kriegsparteien es so wollen.

Die Feindseligkeiten müssen unverzüglich beendet und eine Friedensregelung in die Tat umgesetzt werden, die allen berechtigten Interessen der moslemischen Bevölkerung Rechnung trägt.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Prinzipien, von denen wir uns bei der Zeichnung der Charta von Paris haben leiten lassen, in Europa selbst mißachtet werden. Wir müssen statt dessen die großen Chancen, die uns die epochalen Veränderungen in Europa eröffnet haben, nutzen. Wir müssen uns entschlossen für Frieden und Freiheit, Sicherheit und Stabilität auf unserem ganzen Kontinent einsetzen. ■

Wolfgang Schäuble: Wir wollen einen neuen Aufbruch schaffen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hatten verabredet, daß wir im Bundestag einen Einspruch des Bundesrats zum Entgeltfortzahlungsgesetz erst nach einer Zustimmung zur Pflegeversicherung zurückweisen. Deshalb haben wir nach der ebenso bedauerlichen wie unverantwortlichen Blockade der SPD-Mehrheit im Bundesrat keine Sondersitzung des Bundestages noch vor Weihnachten beantragt. Wir wollen die Pflegeversicherung; aber bei der Lage von Wirtschaft und Arbeitsmarkt darf sie nicht zu einer weiteren Verteuerung der Arbeitskosten führen. Ein neues Vermittlungsverfahren soll der SPD Gelegenheit zum Einlenken verschaffen.

So möchte ich Ihnen auf diesem Weg meine Gedanken und Wünsche zum Jahreswechsel übermitteln.

I Mir liegt daran, Dank zu sagen für viel Arbeit und Einsatz, Unterstützung und Freundschaft, die ich erfahren und die wir uns gegenseitig gegeben haben. Ein arbeitsreiches und nicht einfaches Jahr geht zu Ende. Regierung, Koalition und Fraktion haben viel geleistet. Nur einige Beispiele:

Der Aufbau in den neuen Bundesländern ist bei allen Sorgen insgesamt gut vorangekommen. Das Entschädigungsgesetz einschließlich einer Ausgleichsleistung für die Vertriebenen ist auf den Weg gebracht. Für einen sparsamen Umzug nach Berlin mit möglichst wenig aufwendigen Neubauten bis spätestens zum Jahr 2000 und für die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zugunsten der Region Bonn sind die Weichen gestellt.

Mit den notwendigen Gesetzen zur Haus-

haltskonsolidierung und zur Wachstumsförderung haben wir den Haushalt 1994 verabschiedet. Es ist ein großer Erfolg, daß sich die Stabilität unserer DM wieder deutlich verbessert hat und die Zinsen nachhaltig gesenkt werden konnten. Das zeigt, daß es richtig war, dies gegen alle Widerstände durchzusetzen. Nun wird es darauf ankommen, daß auch Länder und Kommunen diese Anstrengungen unterstützen.

Der erfolgreiche Abschluß der GATT-Verhandlungen stellt weltweit und auch für uns die Weichen für neue wirtschaftliche Dynamik. Die beharrlichen Bemühungen des Bundeskanzlers, im Konflikt

Brief des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, an die Mitglieder seiner Fraktion

insbesondere zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu einer Einigung zu kommen, haben entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen.

Die Modernisierung unserer Volkswirtschaft kommt voran. Die Bahnreform ist verabschiedet, und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die ebenso notwendige Postreform — trotz des massiven Drucks der Postgewerkschaft — durch die SPD nicht länger blockiert wird. In der Energiepolitik hat die Fraktion nach intensiven Debatten klargemacht, daß die Subventionen für die Steinkohle sozial und regional verträglich abgebaut werden müssen und daß mit uns ein Ausstieg aus

der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht zu machen ist.

Das Gentechnikgesetz ist so verändert worden, daß chemische und biologische Forschung und Produktion in Deutschland Zukunft haben können. Das Arbeitszeitgesetz schafft neue Flexibilisierungsspielräume. Die Gesundheitsstrukturreform hat den Anstieg der Krankenversicherungsträge nachhaltig gebremst.

Spürbare Entlastung durch Änderung des Asylrechts

In der Inneren Sicherheit haben wir mit den Gesetzen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche wichtige Verbesserungen erreicht. Das Verbrechensbekämpfungsgesetz 94, vor allem mit Maßnahmen zur effektiveren Verhängung von Untersuchungshaft und zur Beschleunigung der Strafverfahren, wird im Januar 1994 im Bundestag eingebracht. Wir bauen darauf, daß die FDP auf ihrem nächsten Parteitag die Verhinderung des Einsatzes technischer Mittel gegen Verbrecherbanden aufgeben wird.

Die nach jahrelanger Verweigerung der SPD endlich zum 1. Juli durchgesetzte Änderung des Asylrechts hat spürbare Entlastung bei den Zugängen, schnellere Entscheidungen und mehr Abschiebungen gebracht und damit zu einem Abbau von Ängsten vieler Mitbürger geführt, die Überforderung unserer Gemeinden beendet und die Grundlagen für ein friedliches Miteinander von Deutschen und ausländischen Mitbürgern wieder gefestigt.

Zum Schutz ungeborenen Lebens haben wir ein wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts erstritten. Bei der gesetzlichen Umsetzung sind wir so gut vorangekommen, daß ein gemeinsamer Entwurf der Koalitionsfraktionen noch im Januar zu erhoffen ist.

II. Trotz aller Erfolge und Fortschritte sind die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme unübersehbar, die das Vertrauen vieler Mitbürger in alle demokratischen Parteien und in die Regierungsverantwortung tragende Koalition gemindert haben. In den zentralen politischen Handlungsfeldern muß 1994 ein Aufbruch gelingen, wenn wir den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gerecht werden wollen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik belegen das Elend des barbarischen Krieges im ehemaligen Jugoslawien wie das jüngste Wahlergebnis in Rußland, daß die Erhaltung der Atlantischen Gemeinschaft und die unumkehrbare europäische Einigung für Frieden und Freiheit lebensnotwendig bleiben. Berechtigte Kritik an mancher bürokratischen Erscheinung des europäischen Alltags gibt Grund, mit um so größerem Nachdruck daran zu arbeiten, daß Auswüchse zurückgeschnitten werden und die zentrale Idee der europäischen Einigung wieder stärker in den Herzen der Menschen verankert wird.

Frieden und Freiheit durch europäische Einigung

Deshalb ist es erforderlich, das im Maasticht-Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip ebenso durchzusetzen wie ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Integration und gemeinsamer Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir werden aber unsere Mitbürger von der Notwendigkeit und Richtigkeit europäischer Einigung für eine Zukunft in Frieden und Freiheit nicht überzeugen können, wenn wir selbst uns an die Spitze euroskeptischer Ressentiments stellen oder gar eine neue Zahlmeisterdebatte vom Zaun brechen.

Eine Europäische Union ist nicht denk-

bar, ohne daß die wirtschaftlich Stärkeren einen Ausgleich für die Schwächeren, also einen Nettobeitrag für die Gemeinschaft, leisten.

Entscheidend für unsere Zukunft ist, daß wir verlässlicher, berechenbarer Verbündeter und Partner mit gleichen Rechten und Pflichten sind. Deshalb muß die Blockade der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr durch die SPD bald beendet werden. Angesichts der vielfältig neuen Gefahren und Katastrophen muß die Bundeswehr auch zu humanitären Zwecken flexibler eingesetzt werden können. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verwischen im Zeitalter weltweiter Wanderungsbewegungen und internationalem Terrorismus zunehmend, weshalb wir überdenken sollten, ob die Bundeswehr nicht unter streng zu definierenden Voraussetzungen auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern — wie die Armeen aller anderen zivilisierten Staaten — notfalls zur Verfügung stehen sollte.

Bündnisfähigkeit erfordert bei zunehmender Rüstungskoooperation auch, daß wir die Exportkontrollen für Rüstungsgüter im europäischen wie im atlantischen Rahmen harmonisieren.

Staats- und Abgabenquote wieder zurückführen

Die Verteidigungsaufwendungen dürfen nicht zur Restgröße der Haushaltspolitik werden. Umgekehrt müssen alle Möglichkeiten der Effizienzsteigerung und der Einsparung ohne Sicherheitsverlust insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Personalaufwendungen und Mittelaufwand für Waffensysteme und Munitionsbeschaffung bedacht werden.

Um Wirtschaft und Beschäftigung nachhaltig zu stärken, muß bis zum Ende der 90er Jahre die Staats- und Abgabenquote

wieder auf den 1989 vor der Wiedervereinigung erreichten Stand zurückgeführt werden. Dazu sind weitere Privatisierungsschritte notwendig — beim Bund vor allem im Fernstraßenbau mit Einführung von streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren, bei Ländern und Kommunen z. B. in der Versorgung und Entsorgung.

Leistungsbereitschaft jedes einzelnen unverzichtbar

Weil Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung jedes einzelnen wie der Tarifpartner unverzichtbar sind, darf die Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht immer nur beim Staat abgeladen werden. Die Schnittstellen zwischen Arbeitseinkommen und Transferzahlungen sind auf demotivierende Wirkungen hin zu überprüfen.

Für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger müssen auch Teilzeitarbeit oder saisonale Beschäftigung Vorrang vor Dauerarbeitslosigkeit oder Schwarzarbeit haben. Die Zumutbarkeitsanordnung sollte zumindest effektiver gehandhabt und das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit jedenfalls für nichtkommerzielle Institutionen, wie Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, aufgehoben werden.

Auch bei nachhaltiger Konjunkturverbesserung werden wir im industriellen Bereich nicht hinreichend Arbeitsplätze haben. Deshalb gewinnt der tertiäre Sektor — Handwerk, Handel, freie Berufe, Dienstleistungen und private Haushalte — zur Lösung der Beschäftigungsprobleme zunehmend Bedeutung. Das muß bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Arbeitsverhältnissen berücksichtigt werden.

Bei dem rasanten Innovationstempo, gerade im tertiären Bereich, werden

Arbeitsplätze häufig nur kurzfristig geschaffen. Auch aus diesem Grund muß das Beschäftigungsförderungsgesetz mit der Möglichkeit zeitlich befristeter Arbeitsverhältnisse ohne Kündigungsschutz verlängert werden, weil befristete Arbeit immer noch besser ist als dauerhafte Arbeitslosigkeit und im übrigen auch Einstieg in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse bedeuten kann.

III. Bei den notwendigen Veränderungen, um die Krise von Wirtschaft und Politik zu überwinden, werden wir uns weiterhin gegen große Widerstände durchsetzen müssen. Zugleich sagen wir klar, daß wir nicht alle Wünsche erfüllen können, sondern uns auf das vorrangig Notwendige zu konzentrieren haben, um die Zukunft zu sichern. Mir ist vor den unvermeidlichen Auseinandersetzungen nicht bange.

Ich bin überzeugt, unser Volk erwartet gerade in einer Zeit der Verunsicherung und wachsender Ängstlichkeit klare Führung, also Geschlossenheit im Reden und Entschlossenheit im Handeln. Auch die freiheitliche Demokratie und die soziale Marktwirtschaft kennen nicht nur Einzelinteressen, sondern auch Verantwortung und Vorrang für das Gemeinwohl.

Der Blick auf das in elf Jahren unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union Erreichte und auf die großartigen Veränderungen mit der Wiedervereinigung, der Überwindung der europäischen Teilung und dem Ende des Ost-West-Konflikts zeigt, daß kein Grund zu Pessimismus oder Resignation besteht. Wenn wir selbst Mut zur Zukunft und zur Führung zeigen, werden wir einen neuen Aufbruch schaffen.

Ich wünsche Ihnen und uns allen ein glückliches Jahr 1994.

**Mit herzlichen Grüßen
Ihr Wolfgang Schäuble**

Kreditkarten besser schützen

Bessere Sicherungsmaßnahmen gegen den Mißbrauch von Kreditkarten hat der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, von den Kreditkartenunternehmen gefordert.

Angesichts eines von der Polizei allein in Deutschland registrierten Schadens von über 120 Millionen Mark jährlich müßten die Firmen nun handeln. Ansonsten werde der Gesetzgeber reagieren.

Marschewski forderte, wegen häufiger Verluste auf dem Postweg Kreditkarten entweder am Bankschalter auszugeben oder sie nur gegen Empfangsbestätigung zu versenden. Erst wenn die Bestätigung vom Kunden zurückgeschickt worden sei, dürfe die Karte gültig werden. Auf diese Weise lasse sich etwa die Hälfte der durch Kreditbetrügereien entstehenden Schäden vermeiden.

Marschewski sprach sich auch für einen besseren technischen Schutz der Plastik-Kärtchen aus: So könne das Lichtbild des Inhabers oder dessen Personalausweis-Nummer aufgedruckt werden, um einen Mißbrauch zu vermeiden. Ähnlich wie bei Scheckkarten solle zusammen mit Kreditkarten eine Geheimzahl ausgegeben werden, ohne deren Kenntnis eine Bezahlung dann nicht möglich sei.

Der Straftatbestand der Fälschung von Euroschecks und Euroscheck-Karten müsse auch auf die Kreditkartenfälschung ausgedehnt werden. Dazu sei die CDU/CSU bereit, doch müßten auch die Unternehmen ihre Schutzmöglichkeiten nutzen.

Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung: REP und DVU politikunfähig

Die rechtsradikalen Republikaner sind nach einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung als politischer Gegner gefährlicher als die rechtsextremistische Deutsche Volksunion (DVU).

Wie der Stiftungsvorsitzende Gerd Langguth bei der Vorstellung der Studie in Bonn erklärte, seien die Republikaner wie die DVU in der konkreten Parlamentsarbeit häufig abwesend, inkompetent und zerstritten.

Die umfassende, aber nicht flächendeckende Studie stellt heraus, daß der Republikaner-Chef Franz Schönhuber seinen Pflichten als Europaparlamentarier kaum nachkomme und an den Sitzungen selten teilnehme. Überdies bestehe die Gruppe der in der Studie als „rechtsradikal-populistische Partei mit fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus“ bezeichneten Republikaner im Europaparlament nicht mehr.

Schönhuber sei nach den Austritten aller anderen nach Straßburg gewählten Abgeordneten das einzig noch verbliebene Republikaner-Mitglied. Die DVU wird als „eindeutig rechtsextremistisch, unseriös und inkompetent“ bezeichnet.

Die Präsenz der Republikaner im Europaparlament wird in der Studie als völlig

unzureichend charakterisiert. Schönhuber sei im zentralen politischen Ausschuß in der bisherigen Legislaturperiode (Juli 1989 bis Juni 1993) an 45 möglichen Tagen dreimal anwesend gewesen. Im Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien sei er an 25 Tagen zweimal präsent gewesen.

Übertroffen werde er dabei teilweise noch von seinem innerparteilichen Widersacher, Harald Neubauer, der im Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz noch an keinem Tag teilgenommen habe.

Mandate nicht besetzt

Die Arbeit der in der Studie als rechtsextremistisch-rechtsradikal bezeichneten Parteien in den Kommunen sei — wenn auch regional unterschiedlich — kaum entwickelt. Aufgrund vielfach fehlender Kandidaten hätten diese Parteien in mehreren Kreistagen nicht einmal die ihnen zufallenden Mandate besetzen können, sagte Langguth.

Ihre Patentlösung für alle Probleme, von der Wirtschafts- über die Sozialpolitik bis zur Umweltpolitik, vom politischen bis zum ökonomischen System, sei die Abschottung Deutschlands gegen Ausländer.

2.000 Studentenbuden in ehemaligen Kasernen

Infolge der seit Ende 1990 laufenden Umwidmung militärischer Einrichtungen für zivile Zwecke haben rund 2.000 Studierende in ehemaligen Kasernen eine Studentenbude gefunden. Allein in München wurden auf diese Weise rund 450 neue Wohnheimplätze geschaffen. Weitere 24 Objekte mit rund 5.400 Plätzen sind bundesweit im Bau oder in der Planung. Darunter befinden sich auch früher militärisch genutzte Liegenschaften in den neuen Ländern.

Sportförderung durch den Bund

● Förderung des Spitzensports

Die Bundesregierung hat im Jahr 1993 den Spitzensport mit rund 350 Millionen Mark gefördert. Schwerpunkte bildeten dabei die Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren, die Bundestrainer, die sportmedizinische Betreuung der Leistungssportler und der Behinderten-Leistungssport. Unsere Spitzensportler konnten bei den Weltmeisterschaften 1993 große Erfolge verzeichnen.

● Förderung des Sports in den neuen Ländern

Die Zuschüsse des Bundes für die Modernisierung und den Neubau von Leistungszentren — vor allem in den neuen Bundesländern — wurden trotz aller Sparzwänge erhöht. Es wurde zudem sichergestellt, daß aus der kommunalen Investitionspauschale in Höhe von 1,5 Milliarden Mark für die ostdeutschen Gemeinden auch Sportstätten finanziert werden. Außerdem können im Rahmen des „Föderalen Konsolidierungsprogramms“ und mit dem „Fonds Deutsche Einheit“ die Gemeinden und Landkreise der fünf neuen Bundesländer den Sportstättenbau fördern.

● Doping-Bekämpfung

Die Bundesregierung unterstützt den Deutschen Sport bei seinem Kampf gegen Doping. Mit der Ratifizierung der Anti-Doping-Charta des Europarates durch den Deutschen Bundestag wurde ein Zeichen gesetzt, den Kampf gegen Doping auch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu intensivieren. Die Bundesregierung wird bis zum 1. April 1994 in einem Anti-Doping-Bericht Rechenschaft darüber ablegen, welche Maßnahmen bereits ergriffen wurden bzw. noch notwendig sind, um den Kampf gegen Doping erfolgreich zu bestehen. Die Trainingskontrollen der Anti-Doping-Kommission des Deutschen Sportbundes haben ihre abschreckende Wirkung erfüllt.

● Vereinsförderungsgesetz

Für 1993 kann festgestellt werden, daß das Vereinsförderungsgesetz für den größten Teil der 80.000 Sportvereine völlige Steuerfreiheit gebracht hat. Mit diesem Gesetz, für das sich die CDU jahrelang eingesetzt hat, wurde wesentlich dazu beigetragen, die ehrenamtliche Arbeit zu fördern und die Arbeit der Sportvereine aufzuwerten.

Warnemünder Werft bis 1995 gut ausgelastet

Die Kvaerner Warnow Werft in Warnemünde hat Aufträge für den Bau von fünf Containerschiffen im Wert von insgesamt rund 250 Millionen DM erhalten. Das zum norwegischen Kvaerner-Konzern gehörende Unternehmen verfügt damit zur Zeit über einen Auftragsbestand von elf Schiffen.

Mit diesen Verträgen sind fast 50 Prozent der Gesamtkapazität der Werft im Jahre 1995 ausgelastet, die Kapazitäten der bisher vorhandenen alten Anlagen sind vollständig ausgeschöpft.

Reinhard Göhner:

Wir brauchen eine Werte- und politische Grundsatzdebatte

Der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, hat zu einer neuen Wertedebatte in Deutschland aufgefordert und eine neue Gesellschaftskritik sowie eine neue Programmatik der Volksparteien gefordert:

1. *Wir brauchen eine neue Wertedebatte in Deutschland — für die geistige und gesellschaftliche innere Einheit unseres Landes, gegen die Zunahme von Gewalt und Radikalität in unserer Gesellschaft und gegen den kurzatmigen Pragmatismus unserer politischen Kultur.*

Die Schaffung der inneren Einheit erfordert geistig und gesellschaftlich eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Bürgertugenden und Werte. Das zunehmend einseitige, rein individualistische Freiheitsverständnis unserer Zeit hat in der Tendenz zu einer besitzstandsverteidigenden Ellenbogengesellschaft geführt, in der die Solidarität für die Gemeinschaft immer schwieriger durchzusetzen ist. Individualität, Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung sind Elemente des Grundwertes der Freiheit; die Verantwortung für die Gemeinschaft gehört aber untrennbar zu diesem Freiheitsverständnis dazu.

Die CDU wird ihr neues Grundsatzprogramm deshalb unter das Motto „Freiheit und Verantwortung“ stellen, um diesen in unserer Gesellschaft zunehmend aufgelösten Zusammenhang wieder herzustellen.

Die verantwortete Freiheit und die Solidarität gehören als Werte zusammen.

Die CDU geht in ihrem neuen Grundsatzprogramm von dem Leitbild einer freien und verantwortlichen Gesellschaft aus. Zunehmende Gewalt und Radikalität vor allem bei jungen Menschen belegen die Notwendigkeit, die Werte und Tugenden als Grundlagen im Miteinander der Menschen neu zu beleben.

Gemeinsinn und Rücksichtnahme, Bürgerpflichten und Verantwortung für die Gemeinschaft sowie Offenheit gegenüber Ausländern und anderen Nationen gehören dazu.

Zu der neuen Wertedebatte gehört auch die Diskussion über einen demokratischen Patriotismus in Deutschland, der unsere Nation als die Gemeinschaft unserer Geschichte, Sprache und Kultur sowie als Bekenntnis zu unserer demokratischen Verfassungsordnung versteht. In diesem Sinne gehört zu der neuen Wertedebatte auch eine gesamtgesellschaftliche Verständigung über unser Verständnis als Nation.

Mit der Wiedervereinigung von Staat, Nation und Demokratie haben wir eine „zweite Chance der Geschichte“, die wir nicht in kleinkarierten tagespolitischen oder parteipolitischen Auseinandersetzungen verspielen dürfen.

Wir brauchen eine neue Werte- und politische Grundsatzdebatte zugleich zur Sanierung unserer politischen Kultur: Aus dem Wechselspiel von Politik und

Medien ist eine immer tagespolitischere und kurzatmigere Behandlung von politischen Themen und Problemen hervorgegangen; es gilt nur die Überschrift des nächsten Tages und die spektakuläre Meldung des Augenblicks. Neue Denkanstöße, langfristige Strategien und die Diskussion über Werte in unserer Gesellschaft geraten demgegenüber völlig in den Hintergrund. Das ist erst recht für das Superwahljahr 1994 zu befürchten.

Gerade in einer Umbruchzeit brauchen wir aber die gesamtgesellschaftliche Debatte über langfristige Ziele. Die politische Unkultur unserer Zeit fragt nicht nach Differenzierungen oder langfristigen Problemen; gefragt scheinen vielmehr die schnellen und einfachen Antworten für das Hier und Jetzt.

Was wir aber angesichts des tiefgreifenden Wertewandels, des gesellschaftlichen Wandels und der äußeren Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt brauchen, ist eigentlich das Gegenteil: Eine politische Kultur, in der alle Beteiligten auch die Kraft finden, sich über die Werte, Tugenden und langfristigen Ziele für Gemeinschaft und Staat zu verständigen.

2. *Wir brauchen eine neue Gesellschaftskritik — gegen den Rückzug in die Privatheit und die tendenzielle Abwendung vieler Menschen vom Öffentlichen, Politischen und Sozialen.*

Der notwendigen und wirkungsvollen Debatte über Parteiverdrossenheit muß jetzt eine neue Gesellschaftskritik folgen: Die Debatte über Parteiverdrossenheit hat Veränderungen in Parteien und Politik bewirkt und wird weitere Änderungen verursachen. Die Debatte war notwendig. Weil sie aber an nur einem Symptom des Zustandes unserer Gesellschaft kuriert, brauchen wir eine breitere Diskussion über die dahinterliegenden Ursachen. Daß die Volksparteien, Gewerkschaften,

Kirchen, Verbände und großen gesellschaftlichen Institutionen derzeit an Attraktivität, Ansehen, Zustimmung und Mitgliedern verlieren, hat eine gesamtgesellschaftliche Ursache, die über die von den jeweils einzelnen Institutionen zusätzlich gesetzten und zu verantwortenden Ursachen hinausgehen: Unsere Rückzugs-Gesellschaft ist die Folge des einseitig individualistischen Freiheitsverständnisses. Die neue Wertedebatte und die neue Gesellschaftskritik stehen daher in einem engen Zusammenhang.

Es geht bei der neuen Gesellschaftskritik nicht um eine Beschimpfung des Nichtwählers, nicht um die Anklage des Bürgers, der nur noch privatisiert. Es geht vielmehr um den gesamtgesellschaftlichen Zustand. Gerade diejenigen, die heute öffentliche Verantwortung tragen, also zum Beispiel in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Kirchen oder Medien, sind in der Pflicht, der Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten, in dem die Folgen einer „Rückzugs-Gesellschaft“ aufgezeigt werden.

Gesellschaft und Staat können ohne das Engagement der Bürger nicht bestehen. Aus den Rechten, die nur der Staat garantieren kann, erwachsen Pflichten des Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen. Loyalität, Rechtsgehorsam und friedliches Miteinander zeichnen den Staatsbürger ebenso aus, wie Mündigkeit, Urteilskraft und freie Mitwirkung.

3. *Wir brauchen eine neue Programmatik in der CDU, um als Volkspartei wieder mehrheitsfähig zu werden. Die Zukunft der Volksparteien steht auf dem Prüfstand.*

Angesichts des Rückzugs aus dem Politischen und der stärkeren Interessenformationen in unserer Gesellschaft verlieren ganz besonders die Volksparteien, die mit dem Anspruch, alle Schichten des Volkes zu vertreten, antreten, an Anziehungs-

kraft. Diese können die Volksparteien nur zurückgewinnen, wenn sie den Anspruch auf die Gestaltung des Gemeinschaftlichen nicht allein als die Summierung von Einzelinteressen verstehen.

Deshalb ist für die Mehrheitsfähigkeit der Volksparteien ein Programmprozeß unverzichtbar, in dem diese, abgeleitet aus ihren Werten und Prinzipien, die langfristigen Ziele definieren — mit Blick auf das gesellschaftliche und staatliche Ganze und nicht primär unter Einzelaspekten und Einzelinteressen.

Wir christliche Demokraten stehen mitten in einer programmatischen Erneuerung unserer Partei. Dabei gehen wir von der Tradition und Kontinuität bewährter Werte und Grundsätze aus. Um als Volkspartei Mehrheiten mit dem Anspruch zur Vertretung aller Schichten des Volkes zu gewinnen, reicht es nicht aus, auf Regierungserfolge der Vergangenheit und historische Leistungen zu verweisen. Wir werden nur gewählt werden, wenn wir für die zentralen Herausforderungen der Zukunft die größere Kompetenz aufweisen. Allein aus dem Handeln in der Regierung läßt sich dieser Nachweis nicht erbringen. Das neue Grundsatzprogramm soll und wird kein Wahlprogramm sein, aber es ist strategisch für die CDU auch mit Blick auf das Superwahljahr '94 von größter Bedeutung.

Während die SPD außen- und innenpolitisch im alten Besitzstandsdenken der geteilten Welt verhaftet bleibt, haben wir die strategische Chance, neues Vertrauen mit der Gestaltung des Wandels zu gewinnen. Mit dem neuen Grundsatzprogramm werden wir uns als moderne Volks- und Programmpartei erweisen; dafür stehen folgende Beispiele aus dem neuen Programm:

● Mit dem Leitbild der freien und verantwortlichen Gesellschaft leisten wir unse-

ren Beitrag zu der neuen Wertedebatte und geben unsere Antwort auf die neue Gesellschaftskritik. Gegen den scheinbar grenzenlosen Individualismus der Rückzugs-Gesellschaft setzen wir unsere Grundwerte, Bürgertugenden und Bürgerpflichten sowie den demokratischen Patriotismus.

● Mit der Wertedebatte muß eine Stärkung der Familie als Fundament unserer Gesellschaft einhergehen. Zur Förderung der Familien mit Kindern schlagen wir einen neuen Familienleistungsausgleich mit einem Familiensplitting und einer stärkeren Berücksichtigung zugunsten von Kindern in der Sozialversicherung vor.

● Wir legen die weitere Architektur für den Umbau unseres Sozialstaates vor, denn wir stehen in einer neuen Epoche, in der nicht mehr Verteilung möglich, sondern mehr Leistung notwendig sein wird. Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung müssen für alle Bereiche sozialer Leistungen eingeführt werden; steuerfinanzierte Sozialleistungen können nur noch einkommensabhängig gewährt werden. Zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität müssen wir den Sozialstaat auf das beschränken, was der einzelne nicht allein und aus eigener Kraft zur Absicherung seiner Risiken leisten kann.

● Um in dem neuen globalen Wettbewerb bestehen zu können, schlagen wir die langfristig notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft vor. Dazu gehört eine umfassende Neustrukturierung unseres Steuersystems, damit die produktiven Faktoren Arbeit und Kapital weniger belastet werden.

● Wir wollen den Staat auf seine wesentlichen Aufgaben zurückführen, indem wir weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisieren, insbesondere große Teile der öffentlichen Infrastrukturu-

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Auch bei dieser Veranstaltung geht es um den Umgang mit Zeugen der Vergangenheit. Zur Teilnahme eingeladen sind in allererster Linie Denkmalpflegerinnen und -pfleger, Journalistinnen und Journalisten sowie Stadt- und Gemeinderätinnen und -räte, die mit Fragen des Erhalts und der Pflege kulturellen Erbes befaßt sind.

Veranstaltung Nr. 38

Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland — Gesetzliche Grundlagen und Rechtsprechung

Eichholzer Forum

16. bis 18. Februar 1994

Hauptthemen:

- Die Friedenskirche der Heiligen Dreifaltigkeit in Schweidnitz, Polen

- Das Original — Grundlage oder Fetisch der Denkmalpflege?
- Denkmalschutzgesetze in Deutschland — Geschichte und Vergleich
- Aktuelle Probleme praktischer Denkmalpflege
- Denkmalschutz und Steuerrecht
- Die Problematik des Denkmalschutzes aus der Sicht eines vielseitig Betroffenen
- Kriegszerstörung, Wiederaufbau, Probleme der Gegenwart — Denkmalschutz und Denkmalpflege in Köln

Weitere Informationen und Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling**

ren. Wir brauchen einen schlankeren, aber starken Staat für seine Kernaufgaben.

- Wir wollen unsere Wirtschaftsordnung zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft aus- und umbauen. Das neue Verständnis von Wachstum und Wohlstand, die ethische Begründung der ökologischen Aufgaben zur Bewahrung der Schöpfung und die marktwirtschaftlichen Instrumente der Ökologie werden nachhaltige Konsequenzen haben.

- Deutschlands Rolle in der Welt ist neu zu bestimmen. Wir werden der Welt nicht eine Arbeitsteilung zumuten können, nach der wir in allen Fragen von Wirtschaft, Finanzen und Währung eine internationale Führungsrolle in Anspruch nehmen, uns bei Aufgaben der Friedens-

sicherung jedoch auf eine Sonderrolle zurückziehen. Die Ablehnung der sich daraus ergebenden Konsequenzen würde zu einer internationalen Isolation Deutschlands führen.

- Die europäische Politik gewinnt mit der Verwirklichung der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion eine neue Qualität. Wir wollen in der Europäischen Union nicht auf die Funktion eines Staatenbundes zurückfallen, aber wir wollen auch keinen europäischen Bundesstaat mit der Auflösung der Nationalstaaten. Unser Ziel bleibt die europäische Föderation und Integration mit einer Stärkung der Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der EU und einer Öffnung für die mittel-europäischen Nachbarn. ■

Kompromißvorschlag im Abhör-Streit

Bundesinnenminister Manfred Kanther hat vorgeschlagen, im Zusammenhang mit dem von der Koalition beabsichtigten Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994 auch das Abhören von Gangsterwohnungen zum Zwecke der Strafverfolgung zu regeln.

Mit einem Kompromiß-Vorschlag will der Innenminister Befürchtungen entgegenreten, daß in Deutschland von elektronischen Überwachungsmöglichkeiten zu ausgiebig Gebrauch gemacht werden könnte. Kanther ist bereit, die Wohnungsüberwachung durch Mikrofone rechtlich strikt einzugrenzen. Es gehe nicht um Beliebigkeit bei schwerwiegenden Eingriffen in die Intimsphäre des Bürgers, sondern um strenge Ausnahmeregelungen in Fällen schwerster Kriminalität. Deshalb macht der Innenminister ins einzelne gehende Vorschläge für eine Regelung dieses Rechtsbereichs:

- Begrenzung der elektronischen Wohnraumüberwachung auf schwere Straftaten (Straftatenkatalog).
- Schutz des Zeugnisverweigerungsrechts.
- Beweisverwertungsverbot für beiläufig erfaßte Daten, die sich nicht auf Katalogstraftaten beziehen.
- Anordnungsbefugnis nur durch einen Richter in Strafsachen; in Eilfällen Anordnungsbefugnis eines Staatsanwalts mit nachträglicher richterlicher Genehmigung.
- Ausführliches, von den beteiligten Richtern persönlich zu vertretendes Berichtssystem einschließlich Benachrichtigung des Verdächtigen nach Abschluß der Maßnahme.

- Rückmeldepflicht der Staatsanwaltschaft an das anordnende Gericht über Reichweite, Erfolg, Kosten der Abhörmaßnahme nach Abschluß des Verfahrens.
- Sinngemäße Einbeziehung der bereits heute möglichen Telefonüberwachungsmaßnahmen nach der Strafprozeßordnung und den Polizeigesetzen in das neugestaltete Verfahren nach Absprache mit den Bundesländern.
- Jährliche Berichterstattung aller Dienststellen über ihre Tätigkeit im Bereich elektronischer Überwachungsmaßnahmen.

Bundesinnenminister Manfred Kanther für Abhör-Regelung auf breiter politischer Basis

Kanther erklärte, er sei offen für alle guten Vorschläge, die die notwendige gerichtliche und öffentliche Kontrolle der Überwachungsmaßnahmen ebenso gewährleisten wie deren Wirksamkeit gegen das organisierte Verbrechen. Es ergebe allerdings keinen Sinn, verbogene Kompromisse zu Lasten des Erfolgs bei der Kriminalitätsbekämpfung zu machen. Der Bundesinnenminister versteht seinen Vorschlag auch als Beitrag dazu, die Leistungsfähigkeit der demokratischen Parteien in einer wichtigen Frage der Verbrechensbekämpfung nachzuweisen.

Kanther: „Es geht nicht um politische Schaukämpfe, sondern um Erfolge von Polizei und Gerichten gegen Schwerkriminelle.“

Elektronische Wohnraumüberwachung darf kein Wahlkampfthema werden

Die Auseinandersetzung um die elektronische Wohnraumüberwachung droht zu einem Glaubenskrieg zwischen den Parteien mit merkwürdig verlaufenden Kampflinien zu verkommen:

Seit Jahren fordert die Union die gesetzliche Regelung elektronischer Wohnraumüberwachung zur Aufklärung schwerer Straftaten und betont, hinsichtlich der gesetzgeberischen Ausgestaltung nicht auf Maximal-Positionen beharren zu wollen. Die FDP steuert einen mehrstimmigen, widersprüchlichen Chor bei, und die SPD übt sich in altbekannter sozialdemokratischer Populismus-Tradition:

Scheinheilig begrüßt sie den Kompromißvorschlag des Bundesinnenministers, weil sie erkannt hat, daß die Mehrheit der Bevölkerung die elektronische Wohnraumüberwachung für dringend erforderlich erachtet.

Doch was steht dann im „Kleingedruckten“? Daß die SPD ihre Zustimmung davon abhängig macht, daß gemäß altsozialistischer Ideologie die Eigentums-garantie des Artikels 14 aufgeweicht wird.

Unlauteres Geschachere

Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Union wird sich an solch unlauterem Geschachere nicht beteiligen. Wem Verbrechenbekämpfung ernsthaft am Herzen liegt, der wird sich schwertun, gegen den Kompromißvorschlag des Bundesinnenministers zur elektronischen Wohnraumüberwachung irgendwelche Einwände zu erheben. Wer aus ideologischen Gründen gegen elektronische Wohnraumüberwachung ist, soll es sagen und dafür geradestehen. Sozialistisch ver-seuchte Gesetzespakete werden mit der Union aber nicht geschnürt.

FDP soll auf Kanther-Vorschlag eingehen

Zu den Reaktionen aus der FDP auf den neuen Vorschlag von Bundesinnenminister Kanther zur akustischen Beweissicherung erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die jüngsten Stimmen aus der FDP zum Thema Verbrechenbekämpfung stimmen optimistisch, daß die Liberalen nicht an Grundsätzen festhalten, die mehr die Schwerverbrecher schützen als den rechtsstaatlich handelnden Bürger. Nachdem sogar die SPD ihre Hinhaltetaktik bei der akustischen Beweissicherung aufzugeben scheint, ist es nun an der FDP, auf den beson-

nenen Kompromißvorschlag des Bundesinnenministers einzugehen.

Dem sich rasant ausbreitenden Verbrechen kommt man im Computerzeitalter nicht mehr mit den Methoden eines Sherlock Holmes bei. Die bürgerlichen Grundrechte sind dort ernsthaft bedroht, wo der Staat dem Verbrechen nicht mehr wirksam wehren kann.

Ich fordere die FDP-Führung auf, auf die Sicherheitsexperten in den eigenen Reihen zu hören und das Gespräch über den Kanther-Vorschlag aufzunehmen.

Arbeitslosigkeit nur überwindbar, wenn die Wirtschaft wieder Fuß faßt

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit muß alle, die Verantwortung für die Beschäftigung tragen, alarmieren. Vor allem die Tarifpartner sind herausgefordert, mit ihren Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen bestehende Arbeitsplätze zu sichern und die Weichen für die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zu stellen.

In den Betrieben können zielgenauer flexiblere Arbeitszeiten, Verkürzungen der effektiven Arbeitszeiten und Einkommensreduzierungen sowie andere Maßnahmen beschlossen werden, die trotz der anhaltenden konjunkturellen Schwäche, des gewaltigen Strukturwandels und der saisonalen Einflüsse Arbeitsplätze in großem Umfang erhalten. Angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks und der Möglichkeiten, Arbeit zu wesentlich niedrigeren Kosten in mittel- und osteuropäische Länder zu verlagern, besteht kein Spielraum für höhere Löhne und Gehälter in Deutschland.

Bund, Länder und Gemeinden sollten sofort überprüfen, welche Investitionen

in die Infrastruktur, in Autobahnen und Straßen sowie Bahnstrecken, in Kanalisationssysteme und Umweltschutzanlagen, in den Wohnungsbau usw. vorgezogen werden können, damit dadurch positive beschäftigungspolitische Effekte erzielt werden.

Auch sollte geprüft werden, ob Arbeitgeber, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, in größerem Umfang als bisher zeitlich befristete und degressiv gestaffelte

**Von Friedhelm Ost,
Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages**

Lohn- bzw. Einarbeitungszuschüsse bezahlt werden. Zudem müssen die Zumutbarkeitsregelung verschärft und die Vermittlung von Arbeitskräften — auch durch private Vermittler — effizienter gestaltet werden.

Wirtschaftspolitisch muß alles getan werden, damit die Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland wesentlich verstärken. Das Standortsicherungsgesetz ist dafür ein erster Schritt; ein zweiter sollte mit der Vorlage eines Stufenplanes für die Reform der Unternehmenssteuern so rasch wie möglich folgen.

Angesichts der Gefahr, daß sich die Zahl der Arbeitslosen auf insgesamt vier Millionen erhöht und der finanzielle Aufwand für Arbeitslosigkeit in Deutschland auf über 100 Milliarden Mark pro Jahr steigt, ist entschlossenes und unorthodoxes Handeln in Politik und Wirtschaft gefordert.

Neues Druckhaus bei Leipzig

Die Frotzcher Druck Leipzig GmbH hat mit dem Bau eines neuen Druckhauses in Gerichshain bei Leipzig begonnen. Die Investitionen betragen etwa 20 Millionen DM. Das Projekt umfaßt vorerst zwei Rollen-Offsetdruck-Linien sowie die gesamte Infrastruktur, die von einer eigenständigen Druckerei benötigt wird. Mittelfristig sollen in Gerichshain die Zahl der Arbeitsplätze von derzeit 60 auf 100 aufgestockt werden.

Manfred Kanther: Vier Prozent sind eine Forderung von einem anderen Stern

Zu Bescheidenheit bei der Besoldungsrunde 1994 hat Manfred Kanther die rund 6,7 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgefordert.

Da es um die Verteilung der vorhandenen Ressourcen gehe, so der Bundesinnenminister auf der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes am 10. Januar in Bad Kissingen, müsse er freimütig sagen: „Wenn die Kasse leer ist, ist eine Forderung von vier Prozent — wie auch immer verteilt — von einem anderen Stern. Sie ist unerfüllbar, und ich wage die Behauptung, daß fast Sie alle das auch wissen.“

Für die 1,9 Millionen Beamte kündigte der Minister für 1994 eine Nullrunde an.

Manfred Kanther: „Es gibt keinen Staat,

der auf Dauer mehr pumpen kann, als er erwirtschaftet. Und es gibt auch keine Hausfrau, die mehr borgen kann, als sie auf Dauer zurückzahlen kann. Das begrenzt die Verteilungsspielräume und bringt sie bis auf Null.“

Auch über eine Verringerung der Stellenpläne nachdenken

Die Finanzkrise sei aber nicht das Hauptproblem. Die Bundesrepublik stehe in einer „Zeitenwende“ und müsse bei dem weltweiten Wettlauf um ökonomische Märkte ihre Konkurrenzfähigkeit sichern.

Der Minister stellte weitere Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst in Aussicht: „Es ist zumutbar, auch über eine Verringerung der Stellenpläne nachzudenken.“

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sie dienen dem Abbau von Vorbehalten und Vorurteilen. Gleichzeitig bieten sie die Chance für einen authentischen Erfahrungs- und Informationsaustausch. Damit gemeint sind die Wendgräbener Dialog-Foren.

Termine/Themen:

- 21. bis 22. Januar 1994: Vom „Staatsbetrieb“ vereinnahmt — Lehren aus Literatur und Literaturgeschichte der SED-Zeit
- 18. bis 19. März 1994: Den Standort Deutschland sichern — Gesellschaftliche Wandlungsprozesse, strukturelle Rahmenbedingungen, Zukunftsstrategien
- 6. bis 7. Mai 1994: Individuelle Förderung, gesellschaftliche Anforderungen: Zur Notwendigkeit inhaltli-

cher und struktureller Reformen des Bildungs- und Ausbildungssystems

- 25. bis 26. Juni 1994: Koordination einer neuen Weltinnenpolitik — Deutschlands außenpolitische Verantwortung nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes.

Die Veranstaltungen finden im Gemeindehaus der Evangelischen Kirchengemeinde Altstadt Magdeburg statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Wendgräben
Burgstr. 12/Postfach 16
39279 Loburg
(Tel.: 039245/783).**

Asylrechtsänderung sechs Monate in Kraft:

Drastischer Rückgang der Zahlen

Im Monat Dezember 1993 kamen rund 14.000 Asylbewerber nach Deutschland; im Dezember 1992 waren es noch rund 31.650. Wir verzeichnen damit die niedrigste Zugangszahl seit März 1991.

Damit beläuft sich die Zahl der Asylbewerber in den letzten sechs Monaten, also seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts am 1. Juli 1993, auf insgesamt rund 98.500; von Juli bis Dezember 1992 wurden noch knapp 251.500 Asylbewerber registriert. Mit Inkrafttreten des neuen Asylrechts ist die Asylbewerberzahl gegenüber dem ersten Halbjahr 1993 damit um knapp 61 Prozent zurückgegangen!

Hatte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Jahr 1992 lediglich 216.356 Asylanträge abschließend bearbeitet, konnte die Zahl

der Entscheidungen im Jahre 1993 auf 513.561 und damit um rund 137 Prozent gesteigert werden.

Während der Rückstand noch nicht bearbeiteter Altfälle Ende 1992 noch 477.570 betrug, gab es Ende 1993 nur noch 296.300 derartiger Fälle. Stabilisiert sich die Zahl der Asylbewerberneuzugänge auf dem nunmehr erreichten Niveau, könnte das Bundesamt Ende dieses Jahres alle noch unerledigten Altfälle abschließend bearbeitet haben.

Eindrucksvoller Beweis

Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es ist also eindrucksvoll bewiesen, daß die Reform des Asylrechts, für die die Union seit Jahren gegen alle Widerstände erfolgreich gekämpft hat, wirksam ist. Das müssen selbst diejenigen akzeptieren, die das Erfordernis dieser Rechtsänderung immer wieder bestritten haben.

Peter Hintze: Wir müssen den Erwartungen der Bürger gerecht werden

Zum Dreikönigstreffen der FDP erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Wir werden die Sicherung des Zukunftsstandorts Deutschland in der Koalition gemeinsam mit der FDP angehen. Die FDP muß aber wissen, daß es einen kalten Wirtschaftsliberalismus ohne soziale Verantwortung mit der CDU nicht geben wird. Die CDU bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Unverständlich bleibt die sture Haltung der FDP bei der dringend notwendigen Ermöglichung der akustischen Beweissicherung. Das bewußte Inkaufnehmen fahndungsfreier Räume ist und bleibt ein unakzeptabler liberaler Widerhaken. Wer eine effektive Verbrechensbekämpfung als „Nebenkriegsschauplatz“ oder gar als „gesetzgeberischen Aktionismus“ einstuft, wird den Erwartungen der Bürger an eine verantwortungsvolle Politik der Inneren Sicherheit nicht gerecht.

Siemens setzt Signal in Dresden

Zur Entscheidung der Firma Siemens, in Dresden die Chip-Fabrik der Zukunft zu errichten, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Abgeordnete aus Dresden, Johannes Nitsch:

Siemens will in Dresden ein Entwicklungs- und Produktionszentrum für Spitzentechnologien in der Mikroelektronik errichten. Die unternehmerische Entscheidung setzt Signale, in Europa den Wettbewerb in zukunftsträgigen Industrien wieder aufzunehmen.

Dresden bietet für die Mikroelektronikproduktion viele hervorragende Standortvorteile. Neben den guten Rahmenbedingungen für Investitionen in Ostdeutschland sind es vor allem Forscher, Ingenieure und hochmotivierte Facharbeiter des Zentrums für Mikroelektronik in

Dresden Klotzsche und der im Raum Dresden vorhandenen Einrichtungen der Grundlagen- und angewandten Forschung.

Das Land Sachsen und die Stadt Dresden werden die erforderlichen Voraussetzungen für einen Baubeginn in 1994 schaffen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um die Forschungsaufgaben, die für die Entwicklung und Beherrschung neuer Technologien in der „Chip-Fabrik der Zukunft“ erforderlich werden, zu fördern.

Investitionen in neue Technologien sind die notwendige Voraussetzung, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen — in diesem Fall im Raum Dresden und Umgebung.

2.500 indirekte Arbeitsplätze

Zur Siemens-Entscheidung für Dresden erklärte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenz:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung der Firma Siemens, ein Produktions- und Forschungszentrum für Mikroelektronik in Dresden zu errichten. Mit einer Investition von 2,4 Mrd. DM (über 10 Jahre), 1.200 direkten Arbeitsplätzen (davon ca. 100 in der Forschung) und nochmals bis zu 2.500 indirekten Arbeitsplätzen (über Multiplikatoren) ist dies die größte Neuinvestition in der Mikroelektronik an einem Ort, die jemals in Deutschland getätigt wurde.

Diese Maßnahme zeigt, daß Staat und Wirtschaft gemeinsam positiv die Zukunft anpacken und dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Gerade in der gegenwärtigen Standortdiskussion ist dies ein ermutigendes, positives Signal.

Deutschland hat einen ausgezeichneten Ruf als Forschungsstandort für Mikroelektronik. Bezüglich der Umsetzung in konkrete Produkte gibt es jedoch noch massiven Handlungsbedarf. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in der Vergangenheit stets dafür ausgesprochen, durch besser abgestimmte Zielbestimmung zwischen Industrie, Wissenschaft und Politik die Anwendungsmöglichkei-

Entscheidung über Verpackungsquoten muß revidiert werden

Zur Entscheidung des EG-Ministerrates über eine Verpackungsrichtlinie der Gemeinschaft erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill:

Die Entscheidung des EG-Ministerrates, die europaweiten Recycling-Quoten deutlich unterhalb der Vorgaben der Verpackungsverordnung anzusetzen, ist zu verurteilen. Europäische Lösungen dürfen sich nicht schädigend auf fortschrittliche nationale Umweltpolitiken auswirken. Es werden durch den Beschluß diejenigen Länder besonders bestraft, die mehr als 45 Prozent ihres Verpackungsabfalls wie die Bundesrepublik Deutschland zur Wiederverwertung sammeln und die nun ihre Übermengen aus-

schließlich im Inland verwerten sollen.

Innerhalb der Europäischen Union muß das Prinzip des freien Warenverkehrs auch bei den sog. „Sekundär-Rohstoffen“ gelten. Es ist nicht hinzunehmen, daß verpackte Waren in großen Mengen eingeführt werden, das Recycling aber ausschließlich im Land zu geschehen hat.

Ich fordere die Mitglieder der EVP-Fraktion auf, von ihrem nach Maastricht verbrieften Recht Gebrauch zu machen und den Ministerratsbeschluß in der jetzt vorliegenden Form abzulehnen. Nur so kann garantiert werden, daß in der Europäischen Union nicht Umweltpolitik auf einem möglichst niedrigen Niveau betrieben wird.

ten der Mikroelektronik in Deutschland zu fördern und auch die Produktion von Mikroelektronikkomponenten in Deutschland voranzubringen. Die jetzige Entscheidung für die Mikroelektronik-Produktion in Dresden, verbunden mit einem ergänzenden Forschungsteil, bestätigt diese Auffassung.

Die Entscheidung von Siemens und seinen Partnern für Dresden ist auch ein Ergebnis intensiver Bemühungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT), den Standort Deutschland für die Produktion von Mikroelektronik zu sichern. Ausdruck fand dieses Bemühen auch in der Mikroelektronik-Konsensrunde zwischen Staat und Wirtschaft, die von der CDU/CSU stets unterstützt wurde.

Der Forschungsteil des Dresdener Pro-

jektes (Stichwort „Mikro-Chip-Fabrikation“ der Zukunft) wird auch vom BMFT im Rahmen seiner Projektförderung unterstützt. Dabei sollen möglichst viele Unternehmen aus Deutschland Zugang zu diesem Projekt haben, da dies eine wichtige Voraussetzung ist für die Weiterentwicklung von Anwendungschips, wie sie z.B. in der Steuerung von Maschinen — auch für den Hausbereich — zunehmend Anwendung finden.

Zusammen mit der Entscheidung für die Magnetschnellbahnstrecke Hamburg-Berlin und die Produktion des neuen Mercedes-Kleinwagens in Rastatt bildet die Entscheidung für die Mikroelektronikproduktion in Dresden ein ermutigendes Signal dafür, daß es mit dem Innovationsstandort Deutschland wieder bergauf geht.

Viermillionster Telefonanschluß in Ostdeutschland übergeben

In Ostdeutschland ist im Dezember der viermillionste Telefonanschluß geschaltet worden. Bundespostminister Wolfgang Bötsch übergab ihn in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt.

Wie Telekom-Chef Helmut Ricke bei dem Zeremoniell im Rathaus betonte, ist das einheitliche deutsche Fernmeldenetz noch in diesem Jahr komplett. Damit sei „auch der letzte Rest der vom DDR-Regime errichteten Kommunikations-Mauer überwunden“.

Nach Angaben Ricles haben allein 1993 rund eine Million Kunden in den neuen Bundesländern einen Telefonanschluß erhalten. Seit der Wiedervereinigung im

Jahr 1990 sei ein Zuwachs von 2,2 Millionen Anschlüssen erreicht worden.

Der Ausbau des Fernlinien-Netzes läuft ausschließlich über moderne Glasfasertechnik. Laut Ricke wurden bisher 4.500 Kabel-Kilometer verlegt. Ziel sei es, bis 1997 den Standard der Telekommunikations-Versorgung dem Niveau des Westens anzupassen.

Bundespostminister Bötsch würdigte das Aufbauprogramm Telekom 2000 als Programm der Superlative, für das Investitionen in Höhe von 60 Milliarden DM eingesetzt würden. Das Unternehmen habe die „absolut einmalige Herausforderung“ bisher „mit Bravour“ bewältigt. Auch 1993 sei das Unternehmen der größte Investor in den neuen Ländern gewesen.

CDU Thüringen hat Neugliederung abgeschlossen

Mit dem Zusammenschluß der bisherigen Kreisverbände Bad Salzungen und Eisenach zum neuen Kreisverband „Wartburgkreis“ ist die Neugliederung der CDU Thüringen in den Grenzen der kommunalen Gebietsreform abgeschlossen.

Künftig gliedert sich die CDU Thüringen in 22 Kreisverbände (bisher 36). Nach dem Zusammenschluß hat die CDU Thüringen 22.000 Mitglieder. Größter Kreisverband ist der KV Eichsfeld mit 2.801 Mitgliedern, kleinster Kreisverband der KV Altenburg/Schmölln mit 572 Mitgliedern.

Die Zusammenschlüsse der Kreisverbände wurden in Kreismitgliederversammlungen durchgeführt, wobei teil-

weise mehr als 600 Mitglieder zu den jeweiligen Veranstaltungen erschienen waren. Mit der Zusammenlegung der Kreisverbände wurden die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung von vier Wahlkämpfen im Jahr 1994 geschaffen.

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, bedankte sich bei allen bisherigen Vorstandsmitgliedern, die nicht wieder für eine weitere Arbeit zur Verfügung standen oder andere Aufgaben übernommen haben, für ihr Engagement in den vergangenen Jahren. Die vielen ehrenamtlichen Mandatsträger hätten dazu beigetragen, daß die CDU in den vergangenen vier Jahren Thüringen zu einem Land mit guter Zukunft entwickelt habe.

Panikmache ist unangebracht

Berichte über einen Zwangsverkauf von Lebensversicherungen, die einer angemessenen Altersvorsorge dienen, sind unverantwortlich und absichtlich irreführend oder zeugen von einer Unkenntnis der Sach- und Rechtslage. Das Arbeitslosengeld ist durch Beiträge des Arbeitslosen erkaufte und daher unabhängig von einem Vermögen zu erbringen.

Die Arbeitslosenhilfe hingegen wird aus den Steuern aller Bürger finanziert, so daß das Vermögen des Arbeitslosen zu berücksichtigen ist. Es soll verhindert werden, daß Bürger, die von ihrem eigenen Vermögen leben können, über die Arbeitslosenhilfe die Steuermittel anderer Bürger verbrauchen.

Deshalb sieht § 6 der Arbeitslosenhilfeverordnung vor, daß das Vermögen des Arbeitslosen für den Arbeitslosenhilfebezug zu berücksichtigen ist, soweit eine Verwertung zumutbar ist. Eine Verwertung ist zumutbar, wenn sie nicht offensichtlich unwirtschaftlich ist und wenn sie unter Berücksichtigung einer angemessenen Lebenshaltung des Inhabers

des Vermögens und seiner Angehörigen billigerweise erwartet werden kann.

Nicht zumutbar ist insbesondere die Verwertung von Vermögen, das zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Alterssicherung bestimmt ist. Diese Regelungen sind auch auf Kapitallebensversicherungen anzuwenden. Lebensversicherungen, die einer angemessenen Altersvorsorge dienen, sind daher nicht zu berücksichtigen und schon gar nicht zu verkaufen. Aber es würde z. B. niemand verstehen, daß Arbeitslosenhilfe aus Steuern der Bürger an jemanden gezahlt wird, der sein Vermögen zur Geldanlage in Lebensversicherungen investiert, die über eine angemessene Altersvorsorge hinausgehen und deren Verwertung nicht unwirtschaftlich ist, während derjenige, der über größeren Immobilienbesitz verfügt, selbstverständlich herangezogen wird.

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Nach der Klarstellung durch den Bundesarbeitsminister werden Lebensversicherungen zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Alterssicherung auch in Zukunft nicht als Vermögen bei der Gewährung von Arbeitslosenhilfe berücksichtigt. Gegenteilige Äußerungen dienen nur der Panikmache und sind bei genauer Betrachtung haltlos.

Ostdeutsche Wirtschaft 1994 aus der Talsohle

Die ostdeutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung von Treuhandpräsidentin Birgit Breuel 1994 die Talsohle verlassen.

„Gerade deshalb darf die solidarische Unterstützung für die ostdeutsche Wirtschaft jetzt nicht nachlassen“, sagte Frau Breuel in Berlin. Die Treuhand werde in ihrem letzten Tätig-

keitsjahr alles tun, um die Erneuerung der Wirtschaft in den neuen Ländern zu unterstützen.

Durch Privatisierungen habe die Treuhand bisher mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze und über 184 Milliarden DM Investitionen in Ostdeutschland „eingeworben“, bilanzierte Frau Breuel die bisherige Arbeit.

Durch Hilfen für Deutsche in Osteuropa in die Zukunft Europas investieren

Im Jahr 1993 hat das Bundesinnenministerium 157 Mio. DM für die deutschen Volksgruppen in Osteuropa und Südosteuropa bewilligt. Das Förderprogramm 1993 wurde im Dezember abgeschlossen. Mit 76,2 Mio. DM kam die größte Summe nach Rußland, wo mit rund einer Million Rußlanddeutschen die größte deutsche Volksgruppe in Osteuropa lebt.

In Rußland lagen 1993 die deutschen Siedlungsschwerpunkte in Westsibirien bei der Förderung an der Spitze, insbesondere in den beiden deutschen Nationalkreisen im Omskgebiet und im Altai-gebiet. Dort wurden mit rund 50 Mio. DM der Wohnungsbau, kulturelle und soziale Einrichtungen sowie mittelständische Betriebe unterstützt. In diesem Gebiet leben inzwischen über 500.000 Rußlanddeutsche, Zehntausende aus Mitteleurasien wollen weiter zuziehen.

An der Wolga wurde das begonnene Siedlungsprogramm für Rußlanddeutsche fortgesetzt, 1993 zogen mehr Rußlanddeutsche ins Gebiet um Saratow als aussiedelten.

Mit rund 10 Mio. DM wurden in Kasachstan, insbesondere im Norden des Landes, hauptsächlich gemeinschaftsfördernde Einrichtungen und Gewerbeförderung unterstützt.

Die zweithöchste Förderungssumme kam mit rund 24 Mio. DM der Förderung der deutschen Minderheit in Polen zu. Diese Mittel wurden für kulturelle Begegnungszentren, für soziale und medizinische Einrichtungen sowie für Bildungsmaßnahmen und mittelständische Betriebe eingesetzt.

In Rumänien wurde 1993 die deutsche Minderheit in Siebenbürgen, im Banat und im Satmarer Gebiet mit zusammen rund 16 Mio. DM unterstützt, besonders bei sozialen Einrichtungen und der Entwicklung der Landwirtschaft.

Die Fördermittel für die Deutschen in Ungarn belaufen sich auf rund 3 Mio. DM, für die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik wurden zusammen 3 Mio. DM bereitgestellt, hauptsächlich für kulturelle Begegnungszentren.

Außerdem gingen Fördermittel zu den deutschen Volksgruppen in der Ukraine, in Kirgistan und in den Baltischen Staaten. Alle Fördermaßnahmen sollen immer auch den nichtdeutschen Nachbarn helfen!

Zu den Hilfsmaßnahmen 1993 erklärte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, **Horst Waffenschmidt**: Das Ziel der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung, den Deutschen die freie Entscheidung zwischen Bleiben oder Aussiedeln zu ermöglichen, konnte 1993 erreicht werden: Rund 200.000 Deutsche im Osten Europas haben zwar einen Aufnahmebescheid für Deutschland, bleiben aber gleichwohl in ihrer heutigen Heimat und warten die weitere Entwicklung ab. Außerdem gab es 1993 bisher rund 150.000 weniger Aufnahmeanträge für Deutschland als 1992.

Die deutschen Volksgruppen im Osten Europas haben auch in Zukunft eine wichtige Brückenfunktion zwischen Deutschland und ihren heutigen Heimatländern, wo sie am Aufbau von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft mitwirken können. ■

Materialien zum Thema Innere Sicherheit

● Lets talk about you Ein Leitfaden für Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen

Damit Politikverdrossenheit nicht länger als Zustand akzeptiert wird, hinter dem man sich verstecken kann, ist es wichtig, die Parteiarbeit vor Ort individuell und zielgruppenorientiert zu gestalten. Der nun vorliegende Leitfaden zur Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen wurde gemeinsam von CDU und Junger Union erarbeitet und soll neue Wege im Dialog mit Jugendlichen aufzeigen. In Zeiten zunehmender Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen ist es wichtig, gerade mit dieser Zielgruppe ins Gespräch zu kommen, damit dumpfer Fremdenhaß und Intoleranz keine Chance haben. Deshalb zeigt dieser Leitfaden anhand von praktischen Beispielen und Zeitungsberichten, wie die Arbeit vor Ort aussehen kann. Zusätzlich enthält dieser Leitfaden auch eine umfangreiche Adressen-Sammlung von Institutionen, die bei der Zielgruppenarbeit hilfreiche Informationen geben können.

Bestell-Nr.: 4758

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15 DM

● Die REP — Gefahr von Rechts

Erläuterungen und Wortlaut des Abgrenzungsbeschlusses der CDU, beschlossen auf dem 3. Parteitag

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax: 054 23/4 15 21

Bestell-Nr.: 5554

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 9,50 DM

● Kriminalität entschlossen bekämpfen — Innere Sicherheit stärken. Ein Leitfaden zum Thema Innere Sicherheit

Der Titel dieses Leitfadens ist gleichlautend mit dem Beschluß des 4. CDU-Parteitages in Berlin und macht damit deutlich, daß es jetzt an die konkrete Umsetzung unseres Parteitagsbeschlusses in die Parteiarbeit vor Ort geht. Diese Broschüre enthält neben sehr interessanten Beiträgen vom Forum 4 des Berliner Parteitages auch Informationen aus der bundesweiten Kriminalitätsstatistik sowie Vorschläge und Anregungen für Aktionen und Veranstaltungen.

Bestell-Nr.: 4759

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15 DM

● Kriminalität entschlossen bekämpfen — Innere Sicherheit stärken

Die Innere Sicherheit, das ist eines der dringendsten innenpolitischen Themen, welches auch im kommenden Wahljahr entscheidend sein wird. Der Beschluß vom 4. Parteitag, mit der Einführungsrede von Rudolf Seiters, soll deutlich machen, daß Freiheit und Sicherheit der Bürger zusammengehören. Deshalb enthält dieser Beschluß ein eindeutiges Bekenntnis zu Polizei und Verfassungsschutz.

Bestell-Nr. 5730

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 21 DM

EIN LEITFADEN FÜR ZIELGRUPPENARBEIT
MIT JUGENDLICHEN

Lets talk
about you



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

KRIMINALITÄT ENTSCHLOSSEN BEKÄMPFEN INNERE SICHERHEIT STÄRKEN

Ein Leitfaden mit aktuellen Beiträgen zum Thema Innere Sicherheit.
Mit einem Vorwort von CDU-Generalsekretär Peter Hintze.



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

● Texte zur Gewaltproblematik

Extremistische und ausländerfeindliche Aktionen sind nur eine Facette der allgemein steigenden Gewaltbereitschaft in Deutschland. Ein weiteres Problem ist z. B. die wachsende Gewaltbereitschaft und dementsprechende Aufrüstung bereits im Kindesalter, denn es geht längst nicht mehr nur um die Gewalt, die aus den Dunkelzonen der Gesellschaft kommt, vielmehr geht es auch um die Gewalt, die mitten unter uns aufbricht, in Wohnungen, Schulen und Sportstadien. Und diese Gewalt ist nicht alleine ein Problem der Polizei. Diese Broschüre informiert anhand von verschiedenen Redebeiträgen und Beschlüssen über den Standpunkt der CDU zu diesem Thema:

Bestell-Nr: **3614**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 19,50 DM

TEXTE ZUR GEWALT- PROBLEMATIK

Mit Beiträgen von
Helmut Kohl · Peter Hintze · Rita Süßmuth · Angela Merkel
Rudolf Seiters · Norbert Blüm · Hannelore Rösch
Norbert Lammert · Herbert Reul



NEUES CDU-SIGNET. Die oben abgebildeten Broschüren sind bereits mit dem neuen Signet der CDU „Sicher in die Zukunft“ versehen. Damit auch Sie dieses neue Signet in Ihre Parteiarbeit vor Ort umsetzen können, erhalten alle Kreisgeschäftsstellen in den nächsten Tagen eine Mappe mit Reprovorlagen sowie Bestellscheinen für Computer-Disketten und Druckfilme. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

CDU-Eiskratzer in neuer Qualität

Die kalte Jahreszeit — das heißt zugefrorene Scheiben, verschmutzte Scheinwerfer — unser neuer CDU-Eiskratzer schafft hier Abhilfe.

Und was ist daran neu?

Der neue Eiskratzer ist größer, besteht aus stärkerem Material und besitzt einen langen Griff, damit die Finger nicht schmutzig werden.

Und wo bleibt der Umweltschutz?

Der neue Eiskratzer besteht aus recycelten bzw. wieder eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polysterol, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern benötigt wird, und ist somit ein weiterer Beitrag zum Abbau der Müllberge.

Bestell-Nr.: 9890

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 69,— DM.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmold

Fax (054 23) 4 1521.



UiD

1/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.